

6. Geschäftsbericht 2010 des Kantons Thurgau, umfassend den Rechenschaftsbericht des Regierungsrates und die Staatsrechnung, sowie Tätigkeitsbericht 2010 des Datenschutzbeauftragten (08/BS 41/339)

Eintreten

Präsident: Der Grosse Rat hat gemäss §§ 37 und 39 der Kantonsverfassung den Rechenschaftsbericht des Regierungsrates zu genehmigen und über die Staatsrechnung zu beschliessen. Er nimmt gleichzeitig den Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten zur Kenntnis. Den Bericht der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) sowie die Berichte der GFK-Subkommissionen zu diesem Geschäft haben Sie vorgängig erhalten. Für die Tribünenbesucher liegen Kopien auf.

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Zusammensetzung der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission: Cornelia Komposch, Herdern (Präsidentin); Margrit Aerne, Lanterswil; Hansjürg Altwegg, Sulgen; Kurt Baumann, Sirnach; Josef Bieri, Kreuzlingen; Thomas Böhni, Frauenfeld; Cäcilia Bosshard, Wilen (Gottshaus); Heidi Grau, Zihlschlacht; Heinz Herzog, Arbon; Verena Herzog, Frauenfeld; Erwin Imhof, Bottighofen; Myrta Klarer, Sirnach; Walter Marty, Ellighausen; Richard Nägeli, Frauenfeld; Ueli Oswald, Berlingen; Norbert Senn, Romanshorn; Moritz Tanner, Winden; Sonja Wiesmann Schätzle, Wigoltingen; Katharina Winiger, Frauenfeld; Daniel Wittwer, Sitterdorf; David Zimmermann, Braunau.

Ämterbesuche

Ziele und Kriterien der Ämterbesuche sind im Reglement der GFK festgehalten. Die diesjährige Geschäftsprüfung erfolgte in folgenden Schritten:

- Besuch und Prüfung ausgewählter Ämter durch die Subkommissionen (Februar bis März 2011);
- Besprechung der Erkenntnisse und Feststellungen mit den verantwortlichen Departementsvorstehern (Mai 2011);
- Beratung der Berichte der Subkommissionen in der Gesamtkommission (26. und 27. Mai 2011).

Die Subkommissionen erhalten für ihre Arbeit von der Gesamtkommission Vorgaben bezüglich der zu überprüfenden Ämter und der generell zu prüfenden Inhalte, ergänzt durch zu klärende Einzelfragen gemäss Pendenzenliste, Einzelaufträgen oder Hinweisen. Bei der Zusammenstellung des Programmes werden Hinweise und Empfehlungen der Finanzkontrolle berücksichtigt. Das Prüfungsprogramm umfasste dieses Jahr 25 Ämter. Gemäss der Kommissionsvereinbarung wurden alle Ämter auf folgende Themen angesprochen:

- Abbau von Ferien und Überzeitguthaben in allen Ämtern;
- Inanspruchnahme des Führungcoaching der Amtsleitungen.

Alle Ämter empfangen die prüfenden Subkommissionsmitglieder gut vorbereitet und beantworten die gestellten Fragen kompetent. Die Resultate der Ämterbesuche sind in den Berichten der Subkommissionen weiterführend erläutert. Die GFK schätzt den Kontakt zu den Ämtern ausserordentlich und erachtet die Gespräche mit den Amtsleitern im Prozess der Geschäftsberichtsberatung als klärend und bereichernd.

Zusammenarbeit der GFK mit der Finanzkontrolle

Gemäss § 35 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates verkehrt die Finanzkontrolle direkt mit der GFK. Sie erteilt ihr jede Auskunft, die für die Oberaufsicht notwendig ist. Dies geschieht schriftlich sowie mittels periodisch stattfindender Koordinationsgespräche.

Im Geschäftsjahr 2010 haben zwischen dem Chef der Finanzkontrolle und der Präsidentin sowie dem Vizepräsidenten der GFK zwei Besprechungen stattgefunden. Dabei wurde den Mitgliedern der Kommission Einblick in die Berichte der Zwischenrevision und der Schlussrevision gewährt.

Die GFK ist überzeugt, dass die Finanzkontrolle ihre Arbeit als unabhängige Revisionsstelle kompetent, pflichtbewusst und mit der notwendigen Beharrlichkeit und Gründlichkeit durchführt.

Feststellungen der Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle bestätigt, dass die Rechnungslegung des Kantons dem Grundsatz der Ordnungsmässigkeit entspricht. Die festgestellten Bestände und Guthaben stimmen per Bilanzstichtag mit den entsprechenden Buchausweisen überein. Die Finanzkontrolle empfiehlt, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2010

Die GFK dankt dem Regierungsrat und den Verfassern des Geschäftsberichtes für die gut leserliche, transparente und umfassende Berichterstattung. An fünf Subkommissionssitzungen wurden die einzelnen Departemente mit den Departementschefs detailliert diskutiert, und anlässlich der zweitägigen Session wurde der Geschäftsbericht in der Gesamtkommission beraten. Alle Mitglieder des Regierungsrates haben die Fragen der Kommissionsmitglieder offen und klärend beantwortet und Bemerkungen entgegengenommen.

Die Gesamtrechnung 2010 stellt mit einem Finanzierungsüberschuss von 51,4 Millionen Franken gegenüber 2009 (96,6 Millionen) kein Rekordjahr dar, übertrifft in Anbetracht der konjunkturellen Herausforderung jedoch alle Erwartungen.

Das gute Resultat ist einerseits der sich erstaunlich rasch erholenden Wirtschaft im Kanton Thurgau zuzuschreiben. Andererseits sind vor allem die unerwarteten Mehrerträge bei den Steuern für den guten Abschluss verantwortlich. Bei den Steuern der natürlichen Personen ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 2,8 % und bei jenen der juristischen Personen eine Steigerung von 4,8 % zu verzeichnen. Insgesamt ist der Steuerertrag gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Steuerfussreduktion von 10 Prozentpunkten

um 2 % gesunken. Das Steuersubstrat ist jedoch gegenüber dem Vorjahr um 5,6 % gestiegen. Mitverantwortlich für diese überdurchschnittliche Steigerung ist unter anderem das Bevölkerungswachstum. Im Weiteren sind im Zusammenhang mit dem guten Rechnungsabschluss die hohe Ausgabendisziplin und die Budgetkonformität der kantonalen Verwaltung lobend zu erwähnen.

Sämtliche Kennzahlen haben sich weiter positiv entwickelt und bilden einen äusserst gesunden Staatshaushalt ab.

Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 73,7 Millionen Franken. Der Gesamtaufwand der Laufenden Rechnung 2010 beläuft sich auf 1,7 Milliarden Franken und steigt damit gegenüber dem Vorjahr um 2,5 % oder 41,8 Millionen Franken. Der liquiditätswirksame Aufwand steigt gegenüber dem Vorjahr um 4,7 %. Der Personalaufwand schliesst praktisch budgetkonform ab und steigt gegenüber der Rechnung 2009 um 3,1 %. Der Sachaufwand liegt knapp 1 Million Franken (-0,7 %) unter dem Budget, jedoch 4,4 % über dem Vorjahr. Der Zinsaufwand sinkt gegenüber dem Vorjahr um 3,3 Millionen auf 13 Millionen Franken.

Bei den eigenen Beiträgen ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 38,3 Millionen Franken (+5,8 %) zu verzeichnen. Überdurchschnittliche Steigerungen sind unter anderem beim öffentlichen Verkehr (+7,4 %), den Ergänzungsleistungen zu AHV/IV (+6,7 %), den Beiträgen an Universitäten/Hochschulen und im Gesundheitswesen zu verzeichnen.

Der Abschreibungsaufwand ist mit 72,1 Millionen Franken rund 2,5 Millionen tiefer als 2009. Der Gesamtertrag der Laufenden Rechnung 2010 beläuft sich auf 1,77 Milliarden Franken und steigt damit gegenüber dem Vorjahr um 1,5 %. Der liquiditätswirksame Ertrag liegt 84 Millionen Franken über dem Budget 2010 und 12,9 Millionen Franken (0,9 %) über dem Vorjahresresultat. Bei den Steuern resultiert ein Mehrertrag von 70 Millionen Franken gegenüber dem Budget. Aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist die im Geschäftsbericht abgebildete Wirkungsüberprüfung von Steuermassnahmen der letzten vier Jahre. Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad liegt bei erfreulichen 140,7 %. Der Zinsbelastungsanteil liegt bei -1,8 %, was bedeutet, dass die Vermögenserträge höher sind als die Passivzinsen.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat die Genehmigung des Geschäftsberichtes 2010. Im Weiteren beantragt er, den Ertragsüberschuss von 73,7 Millionen Franken wie folgt zu verwenden: Vorfinanzierung öffentlicher Verkehr 10 Millionen; Einlage in Energiefonds 15 Millionen; Einlage in Arbeitsmarktfonds 5 Millionen; Einlage in Tierseuchenfonds 2 Millionen; Einlage in Natur- und Heimatschutzfonds 8 Millionen; Einlage in Seeuferfonds Fr. 500'000.--; Reserve für Eigenversicherungsrisiken 1 Million; Einlage in AG-Reserve Pensionskasse TG 6 Millionen; Einlage in Eigenkapital 26,2 Millionen Franken. Die Mehrheit der GFK unterstützt die Gewinnverwendung bis auf die Einlage in das Eigenkapital. Das Eigenkapital beträgt heute 285 Millionen Franken, die Spezialfinanzie-

rungen betragen 86 Millionen Franken, und mit allen Rückstellungen beträgt die Reserve des Kantons rund 0,5 Milliarden Franken. In der Detailberatung wurde ein Antrag betreffend die Gewinnverwendung der 26,2 Millionen Franken von einer Kommissionsmehrheit unterstützt.

Investitionsrechnung

Aufgrund verschiedener Verschiebungen konnte das Budget von 92,7 Millionen Franken nicht erreicht werden. Im DIV fielen die Nettoinvestitionen angesichts nicht komplett abgerufener Beiträge für den öffentlichen Verkehr und für die Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft tiefer als budgetiert aus. Im DEK wurde das Investitionsvolumen im Bereich der Ausbildungsdarlehen unterschritten. Im DBU gab es einsprachebedingte Verzögerungen nicht vollumfänglich umgesetzter Kantonsstrassenkorrekturen oder Verzögerungen bei verschiedenen Wasserbauprojekten. Im DFS fanden insbesondere im Amt für Informatik Vorverschiebungen oder Projektverzögerungen statt. Im DJS konnte das Investitionsvolumen entsprechend der Budgetvorgabe ausgeschöpft werden.

Die Nettoinvestitionen betrugen 84,5 Millionen Franken. Dies sind zu begrüssende 2 Millionen mehr als 2009.

Bericht des Datenschutzbeauftragten

Zusammen mit dem Geschäftsbericht 2010 hat der Datenschutzbeauftragte des Kantons Thurgau Bericht über seine Tätigkeit erstattet. Der informative und sehr interessante Bericht ist von der Subkommission DJS und der Gesamtkommission in Anwesenheit des Datenschutzbeauftragten beraten worden. Ich verweise an dieser Stelle auf den Bericht der Subkommission DJS.

Budgetrichtlinien 2012

Regierungsrat Bernhard Koch stellte der GFK, der Vertretung des Büros des Grossen Rates und den Fraktionspräsidien die Budgetrichtlinien 2012 vor. Vorausschickend ist festzuhalten, dass ab Budget 2012 das neue Rechnungsmodell HRM2 mit neuem Kontenplan eingeführt wird. Für das Budget 2012 hat der Regierungsrat folgende Eckwerte vorgegeben: Die Budgetrichtlinien für das Budget 2012 sehen einen Aufwandüberschuss von 15 bis 20 Millionen Franken und einen Finanzierungsfehlbetrag von 45 bis 50 Millionen Franken vor. Im Weiteren wird mit hohen Nettoinvestitionen von 95 bis 100 Millionen Franken gerechnet. In der Folge ist mit einem sinkenden Selbstfinanzierungsgrad auf 45 % bis 50 % und einem Abbau des Eigenkapitals zu rechnen. Der liquiditätswirksame Aufwand in der Erfolgsrechnung erfährt eine Steigerung gegenüber dem Budget 2011 von 3,5 %.

Die Personalkosten werden aufgrund der Lohnrunde, den zusätzlichen Stellen im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht und der Kantonspolizei, der Erhöhung der FAK- und der PK-Arbeitgeberbeiträge um maximal 3,4 % steigen. Der Regierungsrat sieht grundsätzlich eine zurückhaltende Stellenentwicklung vor. Im Sachaufwand ist eine Steigerung von +1 % budgetiert. Im Weiteren ist vorgesehen, den Steuerfuss weiterhin bei 117 % zu

belassen.

Die Budgettrichtlinien zeigen eine klare Trendwende in einer Serie von finanziellen Rekordjahren auf. Deshalb hat sich der Regierungsrat selber restriktive Budgetvorgaben sowohl für die Erfolgsrechnung als auch für die Investitionsrechnung gegeben. In den Vorgaben ist unter anderem auch der Rückgang beim Nationalbankgewinn eingerechnet. Nicht ausser Acht zu lassen ist die Tatsache, dass die Unterzeichnung der Programmvereinbarungen 2012 – 2015 erst im Dezember 2011 erfolgen wird. Für die Budgetierung 2012 bedeutet dies, dass das Budget nicht aufgrund definitiver Zahlen erstellt werden kann. Mit dem Budget 2012 werden die Programmvereinbarungen dem Grossen Rat als Rahmenkredite (brutto) auf der Basis der angenommenen Zahlen beantragt. Sollten sich bei den definitiven Programmvereinbarungen Änderungen der Zahlen ergeben, werden mit dem Budget 2013 die Abänderungen der Rahmenkredite beantragt.

Eintreten ist gemäss §§ 37 und 39 der Kantonsverfassung obligatorisch.

Präsident: Die Präsidentin der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission hat das Wort für ihre einleitenden Bemerkungen zum Eintreten.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Die GFK hat den Geschäftsbericht wiederum im Sessionsbetrieb beraten, und die Kommission hat sich an der letzten Sitzung sehr positiv zu dieser effizienten und konzentrierten Beratungsmethode geäussert. Die Subkommissionen haben ihre Aufgabe in hervorragender Weise wahrgenommen. Sie haben insgesamt 25 Ämter besucht. Wenn ich von Besuch spreche, muss man sich darunter eine intensive Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Amt, aber auch mit dem Departement als Ganzes vorstellen. Insgesamt stellen die Mitglieder der Subkommissionen immer wieder fest, dass sich die Ämter sehr gut auf die Besuche vorbereiten und kompetente Auskünfte erteilen. Die diesjährigen zu prüfenden Zusatzschwerpunkte lauteten: Abbau von Ferien und Überzeitguthaben in allen Ämtern sowie Inanspruchnahme des Führungcoaching der Amtsleitungen. Dabei haben die Subkommissionen festgestellt, dass die Ämter in Bezug auf den Abbau von Ferien und Überzeitguthaben, wie es der Regierungsrat in einem Beschluss verlangt, unterschiedlich gut unterwegs sind, sich jedoch alle um Bereinigung bemühen. Zur Frage nach der Inanspruchnahme des Führungcoaching entstand bei den Subkommissionen der Eindruck, dass die Teilnahme einzelner Amtsleitungen durchaus von der vorgesetzten Stelle forciert werden dürfte. Der Geschäftsbericht ist wiederum ausführlich, transparent und gut leserlich verfasst worden. Inhaltlich wirft er keine hohen Wellen, bietet keinen Sprengstoff. Dementsprechend sind die Beratungen der GFK ausgefallen: Ruhig und sachlich. Die kantonale Verwaltung hat aus Sicht der GFK gute Arbeit geleistet, die vom Regierungsrat vorgegebenen Leistungsvereinbarungen mehrheitlich umgesetzt, sich für die von ihm definierten Zielsetzungen eingesetzt und ist auf gutem Weg, die Ziele bis zum Ende der Legislatur zu erreichen. Ebenso hat sie sich durch eine hohe Ausgabendisziplin ausgezeichnet und so-

mit die Budgetvorgaben mehrheitlich eingehalten. Im Wissen darum, dass unsere Verwaltung personell nicht auf Rosen gebettet ist und einzelne Ämter aufgrund ihrer Aufgaben ganz besonders gefordert sind, gehört den Angestellten ein grosses Lob von unserer Seite. Kritisch hat sich die GFK zu den Steigerungen beim liquiditätswirksamen Aufwand sowie zu den nicht beeinflussbaren Beiträgen geäussert. Dennoch: Trotz Wirtschaftskrise hat die Gesamtrechnung mit einem sehr guten Resultat abgeschnitten. Dazu möchte ich dem Regierungsrat im Namen der GFK gratulieren. Die Investitionsrechnung hat aus erklärbaren Gründen unter dem Budget abgeschlossen. Die Budgetvorgaben des Regierungsrates für 2012 belegen, dass schon im kommenden Jahr hohe Investitionsvorhaben auf den Kanton warten. Aufgrund der erschwerten Rahmenbedingungen (Stichworte: Mehrauslagen im Gesundheitsbereich, im öffentlichen Verkehr, im Vormundschaftsbereich, reduzierte Ausschüttung der Nationalbank, Eurokrise und sinkende Steuereinnahmen) steckt der Regierungsrat in einem schwierigen Budgetprozess. Es ist zu hoffen, dass er sich dennoch an das Prinzip des antizyklischen Verhaltens hält und die Investitionen nicht herunterfahren wird. In Bezug auf Wirtschaftsprognostiken erlaube ich mir abschliessend folgende Randbemerkung: Glaubt man dem Chef von Economie-suisse, dürfte eine weitere, weit schwerwiegendere Finanzkrise aufgrund des schwachen Euros und der Krisenländer Griechenland, Portugal und weiterer auf uns zukommen, die auch den Finanzplatz Schweiz und letztlich die Kantone und Gemeinden betreffen und durchschütteln wird. Glaubt man hingegen den Wirtschaftsprognosen aus dem Haus der CS, dann ist alles halb so schlimm. Die düsteren Wolken sollten sich endlich wieder aufhellen und die Konjunktur in Schwung kommen. Die Frage, wem man glauben soll, bleibt. Offen bleibt auch die Frage, wo man die Prioritäten setzen soll. Dazu wünsche ich dem Regierungsrat eine glückliche Hand. Die GFK ist einstimmig der Ansicht, dass aufgrund der hohen Mehraufwendungen im nächsten Jahr eine zurückhaltende Budgetierung notwendig ist und die Gewinnverwendung nicht dazu dienen soll, weitere Steuer-senkungen vorzunehmen. Sie hat sich mit dem regierungsrätlichen Vorschlag der Gewinnverwendung auseinander gesetzt und schlägt bekanntlich vor, dem Eigenkapital nur Fr. 223'942 zuzuweisen und 26 Millionen Franken in eine "Vorfinanzierung Hochbauten" einzulegen.

Richard Nägeli, FDP: Die FDP ist sehr erfreut über das Ergebnis der Laufenden Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von rund 74 Millionen Franken. Die Verbesserung gegenüber dem Voranschlag stammt zu drei Vierteln von Mehreinnahmen bei den Steuern. Diese waren, wie wir früher schon festgestellt haben, zu tief budgetiert. Zudem hat sich die Wirtschaft in den letzten beiden Jahren sehr gut entwickelt. Der Umstand, dass 55 Millionen Franken Mehreinnahmen aus höheren Steuererträgen stammen, veranlasst uns, bei der Bestimmung der Gewinnverwendung einen Antrag zu stellen. Ein Teil des Überschusses soll für zukünftige Steuergesetzrevisionen zurückgestellt werden. Der Kanton verfügt über ein Eigenkapital und ausgewiesene Reserven von rund 600 Millio-

nen Franken. Trotz oder gerade wegen dieser feudalen Ausgangslage sind einige kritische Gedanken anzubringen. Die konsolidierten Ausgaben stiegen gegenüber dem Vorjahr um 4,7 %, bereinigt um die Gemeindeanteile an den Grundstück- und Liegenschaftssteuern immer noch um 4,3 %. Hauptkostentreiber sind dabei die eigenen Beiträge, aber auch der Sach- und Personalaufwand. Auffällig ist beim Vergleich der Personalkosten in den verschiedenen Bereichen, dass diese beim DBU trotz höherer Investitionstätigkeit gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben sind. In allen anderen Bereichen sind sie wesentlich gestiegen. Das Wachstum der konsolidierten Ausgaben um 4,3 % innerhalb eines Jahres ist um rund 30 % höher ausgefallen als das Wirtschaftswachstum, und dies in der Phase einer hervorragenden Wirtschaftsentwicklung. Als Einzelfall ist das nicht besorgniserregend. Ein Rückblick auf die Finanzen der letzten zehn Jahre zeigt jedoch, dass Kostendruck kein Thema war und bei anstehenden Beschlüssen nie eine Randbedingung darstellte. Oder haben Sie je einmal in einer Kommission gehört: "Das können wir nicht finanzieren"? Ein Blick auf die Stellenentwicklung zeigt trotz grundsätzlich beabsichtigter Stellenplafonierung eine dramatische Erhöhung: Allein im Rechnungsjahr wurden 80 Stellen aufgebaut, wovon 39 allerdings fremdfinanziert sind. Seit 2001 sind es 670 Stellen. Blicken wir in die Zukunft, so erwarten wir auch für 2011 nochmals einen sehr guten Rechnungsabschluss. Für 2012 sind verschiedene negative Positionen zu berücksichtigen. Die neue Spitalfinanzierung soll zusätzlich 50 Millionen Franken kosten, das neue Beitragsgesetz für die Schulen 28 Millionen, und Nationalbankgewinne im Umfang von 30 bis 50 Millionen sollen wegfallen. Trotzdem muss aus unserer Sicht für 2012 eine ausgeglichene Laufende Rechnung angestrebt werden. Aufgrund der hervorragenden Ausgangslage, einiger möglicher Entnahmen aus den Reserven und Spezialfinanzierungen sowie einiger Mehreinnahmen bei den Steuern sollte dieses Ziel zu erreichen sein. Es ist uns jedoch bewusst, dass dies nicht ohne Sparmassnahmen im Umfang von etwa 40 Millionen Franken möglich ist. Aufgrund der glücklichen Verhältnisse in den letzten zehn Jahren gibt es bestimmt Potential, ohne dass dies der Bürger leidensam zu spüren bekommt. Der Bund hat es uns vorbildlich vorgemacht. Haben Sie von den Sparmassnahmen des Bundes je etwas gemerkt? Mir hat es bis jetzt nicht weh getan, und der Kanton hat sogar noch profitiert. Immerhin sind dem Kanton mit der NFA jährlich 80 Millionen Franken mehr zugekommen als ihm Aufgaben übertragen wurden. Vielleicht können wir bei der Schulevaluation etwas einsparen, ohne dass das Resultat der Lehrtätigkeit schlechter wird. Hoffentlich bekommen wir auch ein Waldgesetz, das die Administration verringert und nicht erhöht. Vielleicht können mittelfristig Kosten gespart werden, indem Kinder ihre überschüssigen Energien im Wald austoben, statt sie später in Zerstörungsenergie umzuwandeln. Der Regierungsrat tut gut daran, Gesetze und Strukturen bezüglich Kosten und Nutzen zu überprüfen. Neben der permanenten Leistungsüberprüfung zur Ausgabenstabilisierung sind deshalb Schwerpunkte für eine vertiefte Analyse festzulegen. Wir begrüssen die vorgeschlagene strikte Überprüfung der beeinflussbaren Beitragsleistungen. Die vom Regierungsrat für die Zukunft gesteckten Zielsetzungen be-

züglich Steigerung des liquiditätswirksamen Aufwandes sollten noch in Bezug auf die aktuellen Kenntnisse bei der Umsetzung der Stabilisierung überprüft werden. Insbesondere ist die Budgetvorgabe für das Ausgabenwachstum aufgrund des Durchschnittes der letzten acht Jahre Wirtschaftsentwicklung zu prüfen. Etwas besorgt sind wir über die Abhängigkeit gegenüber der Pensionskasse. Der Kanton trägt ein Ausgabenrisiko bis zur Kostendeckung von 107,5 %. Zudem besteht noch eine Staatsgarantie bis zu einer Überdeckung von 115 % während drei Jahren. Die Pensionskasse ist entweder unabhängig zu machen oder es sind die versicherungstechnischen Kennwerte den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Der Umwandlungssatz im Alter von 63 Jahren beträgt immer noch 6,4 %, was höher ist als die meisten Umwandlungssätze im Alter von 65 Jahren in der Privatwirtschaft. Der technische Zinssatz von 4 % ist längst nicht mehr aktuell. Die Lohnpolitik soll einen denkbar grossen Spielraum zur Anpassung an die Löhne der Wirtschaft möglich machen. Verschiedene Löhne weichen stark von den Löhnen in der Privatwirtschaft ab. Die Differenzbereinigung soll beschleunigt werden. Die Lohnentwicklung ist unter Berücksichtigung der gegenüber der Wirtschaft in den letzten fünf Jahren wesentlich stärkeren Erhöhungen restriktiver zu handhaben. Wir danken für die hervorragenden Leistungen, für die ausgezeichnete Rechnungsführung sowie für die Unterlagen und Informationen. Wir freuen uns bereits heute auf eine weitere, von hohem Überschuss geprägte Rechnung 2011 und hoffen auf einen restriktiven Regierungsrat, eine sparsame Verwaltung und ein ebensolches Parlament. Auch ist zu hoffen, dass es keine drastischen Rückschläge in der Wirtschaft geben wird. In Erfüllung dieser Hoffnungen wird auch ein ausgeglichener Voranschlag 2012 möglich sein.

Wittwer, EVP/EDU: In der Folge dürfen wir zur Kenntnis nehmen, dass der Finanzhaushalt des Kantons im letzten Jahr "no e chli ründer und gsünder worde isch", ganz nach dem Motto: "Spare in der Zeit, so hast Du in der Not." Der Regierungsrat erwähnt in seiner Einleitung, dass jeder Franken bei den Steuereinnahmen verdient werden muss. Die Erkenntnis ist im Grundsatz vorhanden, nur braucht es noch mehr. Denn nicht jeder Franken, der verdient wurde, kann auch besteuert werden. Was die Steuereinnahmen betrifft, darf der Dank für das gute Ergebnis an die Wirtschaft und an die Bevölkerung, die Steuerzahler, weitergegeben werden. Bei der Ausgabendisziplin gehört der Dank dem Regierungsrat und der Verwaltung. Ihnen danken wir auch für den informativen Geschäftsbericht. Die EVP/EDU-Fraktion freut sich über das gute Ergebnis und bedankt sich bei allen Beteiligten. Einige Baustellen konnten in den letzten Jahren jedoch nicht in Angriff genommen werden. Dies gilt es im Hinblick auf die bevorstehenden "mageren Jahre" nachzuholen. Seit fünf Jahren bin ich Mitglied der GFK, und mir ist nicht bekannt, dass in dieser Zeit unnötige Personalressourcen abgebaut worden wären. Es wundert daher auch nicht, dass die Personalkosten überproportional ansteigen. Im Rechnungsvergleich 2009/2010 betragen sie über 3 %. Die Pensionskassenbeiträge, die aufgrund eines nicht zeitgemässen Reglementes beziehungsweise einer gesetzlichen Verordnung

zu leisten sind, tragen ebenfalls zum Anstieg der Personalkosten bei. Dass es keine überflüssigen Stellen gibt, dürfte wohl jeder Departements- und jeder Amtschef bestätigen. Die Diskussion über den Formular- und Bewilligungsmarathon für ein Pfadi- oder Jungscharzeltlager zeigt mir aber, dass es in der Realität anders aussieht. Viele Steuerzahlerinnen und -zahler dürften über solche unnützen administrativen Verwaltungsakte nur den Kopf schütteln. Dabei versteht sich von selbst, dass dies nur ein Beispiel unter vielen ist. Einem Zeitungsbericht von gestern konnte entnommen werden, dass der zuständige Regierungsrat am Bewilligungsverfahren nichts ändern, sondern nur Personalressourcen einsetzen und das Merkblatt anpassen will. In solchen Bereichen haben wir offenbar ein Wohlstandsproblem. Im Hinblick auf die geringeren Einnahmen und die höheren Ausgaben bitte ich den Regierungsrat im Namen der geschlossenen Fraktion, die Kosten-/Nutzenrechnung jeder einzelnen Stelle vertiefter zu prüfen oder prüfen zu lassen. Auch die Parameter für die Pensionskasse gilt es zu hinterfragen und mit den uns möglichen politischen Mitteln zu korrigieren. Die EVP/EDU-Fraktion genehmigt den Geschäftsbericht sowie den Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten einstimmig. Die Fraktion schliesst sich ebenfalls einstimmig dem Vorschlag der GFK zur Gewinnverwendung an, der eine Einlage von 26 Millionen Franken in "Vorfinanzierung Hochbauten" vorsieht. Im Weiteren begrüssen wir die vom Regierungsrat gewählte Strategie, eine Reserve für Eigenrisiken zu bilden.

Haag, CVP/GLP: Die CVP/GLP-Fraktion stellt sich ebenfalls in die Reihen der Gratulanten und dankt dem Regierungsrat und der gesamten Verwaltung für ihre umsichtige Arbeit. Ein kritisches Wort sei erlaubt, was die konservative Schätzung der Steuereinnahmen angeht: Das gute Resultat ist nicht nur der kantonalen Verwaltung zu verdanken, sondern auch den fleissigen Einwohnern und Arbeitskräften im Thurgau und insbesondere auch den vielen freiwilligen Helfern, welche die Gesellschaft zusammenhalten und unbezahlte Arbeit leisten. Aber auch das stetige Wachstum der Thurgauer Bevölkerung trägt zum guten Ergebnis bei. Die "Familie Zürcher" wird seit Kurzem wieder mit dem Apfel in das Paradies gelockt. Das Wachstum bringt nicht nur Geld, es hat auch einen Preis. Die Infrastruktur kommt an ihre Grenzen und muss ausgebaut werden. Noch mehr Sorgen macht uns aber die Zersiedelung. Solange wir in so kleinen Einheiten wie der Gemeinde denken, wo jeder verständlicherweise das Maximum herausholen und noch mehr bauen, noch mehr Gewerbe, Industrie und Outlet-Center möchte, laufen wir Gefahr, plötzlich zwar noch mehr Geld, aber keine schöne idyllische Landschaft, keinen Tourismus, kein Erholungsgebiet und kein Paradies mehr zu haben. Hier wäre etwas mehr Zentralismus angebracht, um sicherzustellen, dass unser Kanton in zwanzig Jahren nicht an Crans-Montana oder Davos, sondern an schöne Orte in Österreich mit schmucken Häusern und Blumenkästen erinnert. Wachstum ja, aber zu welchem Preis und vor allem wo? Noch fehlt uns eine übergeordnete Strategie zum Lebensraum Thurgau. Die CVP/GLP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt die von der GFK vorgeschla-

gene Gewinnverwendung. Dem vorangekündigten Antrag von Kantonsrat Zweifel kann sie nichts abgewinnen, da damit ein weiteres unnötiges Kässeli mit zweifelhafter rechtlicher Grundlage geschaffen würde. Unnötig ist es deshalb, weil kein dramatischer Einbruch der Steuereinnahmen zu erwarten ist.

Bruggmann, SP: Die SP-Fraktion nimmt den Abschluss 2010 mit Freude zur Kenntnis. Ein Ertragsüberschuss von 73 Millionen Franken ist nicht nichts. Wir müssen nicht dem Rekordergebnis von 2009 hinterher hecheln; die Voraussetzungen waren anders. Personal- und Sachaufwand sind budgetkonform respektive sogar leicht unter dem Budget. Die Investitionen in den öffentlichen Verkehr machen Freude, jene in Massnahmen zur Förderung von nachhaltiger Energie ebenso. Die Neuansiedlungen durch das Amt für Wirtschaft und Arbeit sind positiv. Es gab ca. 120 neue Arbeitsplätze. Zu vielen Punkten sagen wir bravo. Es gibt jedoch kein Bravo ohne Aber. Wir forderten in der Budgetdebatte, dass das Personal bessergestellt wird. Dies hätte, wie sich damals schon abzeichnete und wie wir heute schwarz auf weiss sehen, bestens Platz gehabt. Es kann auf die Dauer nicht auf dem Buckel des Personals gespart werden. Es arbeitet gut, effizient und preiswert; das bestätigen schweizweite Studien. Kantonsrat Richard Nägeli neigt zum Vergleich zwischen Thurgauer Äpfeln und Nachtschattengewächsen. Im Zusammenhang mit der Zunahme des Personals zog er den Vergleich zwischen 2009 und heute. Seitdem kamen aber zum Beispiel die Berufsschulen zum Kanton und es gab neue Aufgaben des Bundes umzusetzen usw. Der Wettbewerb um gut qualifiziertes Personal wird heisser, und die Fluktuationsrate ist am Steigen. Gespannt warten wir auf die Resultate der Personalbefragung und auf den Vergleich mit 2007. Für die kommende Lohnrunde muss nun, nach drei Jahren Minimum, auf 2012 etwas geschehen. Es gilt beispielsweise auch festzuhalten, dass das Personal der Verwaltung jeden Franken versteuert. Ich weiss nicht, wie dies bei Leuten in der freien Wirtschaft ist. Zur Gewinnverwendung: Wir begrüssen die Einlagen in die verschiedenen Fonds und die Erhöhung des Eigenkapitals. Diese Reserven sollen aber in Jahren mit knapperen Finanzen auch dazu dienen, über finanzielle Engpässe hinwegzuhelfen. Die entscheidende Frage ist aus unserer Sicht, wo der dringendste Bedarf ist. Wird dann mit der Ausrede, dass die Stabilisierungsziele eingehalten werden müssten, in sozialen, kulturellen und gesundheitspolitischen Bereichen bis zum "Geht-Nicht-Mehr" gespart? Wir werden die Entwicklung aufmerksam verfolgen. Wir sind besorgt über die Arbeitslosenquote, die von 1,8 % im Jahr 2008 auf 3,3 % im Jahr 2010 gestiegen ist. Dies bedeutet in Zahlen mehr als 4'000 Menschen ohne Arbeit. Wir sind besorgt über die grossen Mehrbelastungen, die auf den Kanton zukommen. Die Schul- und die Pflegefinanzierung sind ein harter Brocken, die neue Spitalfinanzierung macht uns echt Bauchweh. Steigende Teuerung und steigende Zinsen werden uns in Zukunft beschäftigen. Die Steuereinnahmen waren erfreulich. Es ist aber sehr unsicher, ob es so weitergeht. Nun müssen die letzte Steuergesetzrevision verkraftet, die Wirtschaftslage analysiert, das zu erwartende Ausbleiben der National-

bankmillionen und all die neuen Aufgaben finanziert werden. Die Spatzen pfeifen es vom Dach: In Kochs Küche wird das nächste Steuergesetzrevisionssüppchen gekocht. Das soll dann aber bitte zugunsten des Mittelstandes geschehen. Ansonsten schütten wir die Suppe aus, wenn es sein muss mit einem Abstimmungsnein. Zum Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten: Der Bericht ist sehr spannend und aufschlussreich. In einer Welt zunehmender öffentlicher Zurschaustellung von Privatem und Persönlichem, weltweiter Netzwerke und politischer Kampagnen via Internet ist es wichtig, genau hinzuschauen. Der Bericht enthält interessante Fakten zur Fahndung im Internet, zur Informationssicherheit usw. Fazit: Wir freuen uns über die gesunde Finanzlage des Kantons. Wir warnen vor Euphorie. Die kommenden Jahre haben es in sich. Wir lehnen weitere Steuerensenkungen klar ab. Wir warnen vor zu engem Optimierungs- und Überprüfungsdenken und fordern dazu auf, das Personal zu fördern und zu pflegen. Wir haben nicht den Einzelnen im Blickfeld, sondern plädieren für das Wohl aller. Der Regierungsrat schreibt auf Seite 1 des Geschäftsberichtes: "Beachten wir dabei, dass als Hauptmaxime stets das Wohl des Thurgauer Volkes über allem steht." Aus unserer Sicht besteht das Thurgauer Volk nicht nur aus jenen, denen es gut geht, sondern auch aus solchen, die Unterstützung und Hilfe brauchen. Die SP nimmt den Regierungsrat beim Wort und achtet genau darauf, dass er Wort hält und für das Wohl des ganzen Thurgauer Volkes sorgt.

Klarer, SVP: Auch die SVP hat mit Freude vom guten Abschluss Kenntnis genommen. Sie bedankt sich bei allen, die dazu beigetragen haben, beim Regierungsrat, bei der Verwaltung, aber auch bei den Steuerzahlern. Einmal mehr hat sich die Aussage bewahrheitet, dass Steuergesetzrevisionen nicht weniger Steuern bringen, sondern, wie der Abschluss 2010 zeigt, mehr als budgetiert. Das oberste Legislaturziel des Kantons Thurgau heisst starke Stellung im Wettbewerb. Das Jahr 2010 hat sicher dazu beigetragen, die Stellung zu stärken. Dies ist eine positive Ausstrahlung nach innen, aber auch nach aussen. Sicher stehen viele Unsicherheitsfaktoren ab 2012 im Raum, auf die im Moment von verschiedenen Seiten in den dunkelsten Wolken hingewiesen wird. Trotzdem bitte ich den Regierungsrat, nicht schon jetzt in eine Depression zu verfallen und immer nur schwarz zu malen. Geniessen wir es, über eine Luxusgewinnverteilung abstimmen zu können. Der von der GFK vorgeschlagenen Gewinnverteilung stimmt die SVP zu.

Winiger, GP: Auch wir sind natürlich glücklich über die Zahlen in der Staatsrechnung 2010. Wir sind insbesondere froh darüber, dass die beeinflussbaren Kosten budgetkonform ausgefallen sind. Dies spricht für das Kostenbewusstsein der Verwaltung, aber auch für die präzise Budgetierung. Zu den Investitionen: Budgetiert waren für 2010 92,7 Millionen Franken. Die Kosten liegen in der Endabrechnung jedoch bei 84,5 Millionen Franken. Ich stelle fest, dass dieser Betrag in der Zielgrösse der Grünen Fraktion liegt (Nettoinvestitionen zwischen 80 und 90 Millionen). Wir sind uns bewusst, dass wir

bei den Spitalbauten grundsätzlich grünes Licht gegeben haben. Auch dem Umbau des Regierungsgebäudes haben wir zugestimmt. Trotzdem werden wir beim Voranschlag 2012 auf die Investitionen achten. Es gibt unserer Meinung nach keinen Grund dafür, in Jahren, die für die Staatsfinanzen schwierig sind, rekordhohe Investitionen zu tätigen. Zu den Steuern: Der Steuerertrag der natürlichen Personen hat "nur" um 2,8 % abgenommen. Von den Steuermehreinnahmen von 5,6 % im Vergleich zum Budget sind gemäss Regierungsrat 1,2 % bis 1,5 % auf Zuzügerinnen und Zuzüger zurückzuführen. Der höhere Steuerertrag in diesem Zusammenhang ist für uns eine zweischneidige Sache: Er ist zwar schön, aber zumindest auf lange Sicht nicht nachhaltig. Wir müssen uns bewusst sein, dass folgende Gleichung gilt: Mehr Bewohnerinnen und Bewohner bedeutet mehr bebaute Fläche, zum Beispiel Wohnraum, aber auch mehr Strassen usw. Wir wiederholen in diesem Zusammenhang unsere Forderung, dass wir uns darüber klar werden müssen, welche Ziele wir in Bezug auf das Bevölkerungswachstum haben. Bei den Steuererträgen der juristischen Personen funktioniert es leider nicht gleich wie bei den natürlichen Personen. Nicht jede Steuersenkung bringt in wenigen Jahren quasi automatisch einen Mehrertrag mit sich. Im Gegenteil: Trotz massiver Verbesserungen in der Unternehmensbesteuerung stimmen die Zahlen der letzten Jahre nachdenklich: Das letzte Jahr nahm der Kanton 55 Millionen Franken Staatssteuern von juristischen Personen ein. 2006 waren es 70 Millionen Franken. Dies ergibt eine Steuereinbusse von mehr als 20 % in fünf Jahren. Erfreulicherweise dürfen wir aber feststellen, dass die Erträge wenigstens im Vergleich zu 2009 leicht angestiegen sind. In der GFK waren auch Steuersenkungen bereits wieder ein Thema. Eine Steuerfusssenkung auf den 1. Januar 2012 steht für uns absolut nicht zur Diskussion. Es war aber auch die Rede von einer allfälligen Vorfinanzierung für Steuerverbesserungen. Dies lehnen wir ebenfalls ab. Gründe, die für uns gegen einen zügellosen Steuerwettbewerb sprechen, legen wir dann gerne bei der Behandlung der Motion zur Steigerung der steuerlichen Standortattraktivität dar. Zur Gewinnverteilung: 47,5 Millionen Franken werden nach Vorschlag des Regierungsrates in die Spezialfinanzierungen eingelegt, der Rest dem Eigenkapital zugeschlagen. Den Einlagen in die Spezialfinanzierungen stimmen wir zu. Es zeichnete sich in der GFK ab, dass es die Fraktionen nicht akzeptieren würden, die restlichen gut 26,2 Millionen Franken in das Eigenkapital zu legen. Sie schlagen eine Einlage von 26 Millionen Franken im Sinne einer Vorfinanzierung für den Hochbau vor. Die Grüne Fraktion bringt Vorfinanzierungen mit Ausnahme der Spezialfinanzierungen grundsätzlich keine Sympathie entgegen. Wir sehen den Sinn von immer neuen Kässeli nicht ein. Trotzdem kann sie dieser Einlage zustimmen.

Regierungsrat **Koch**: Im Namen des Regierungsrates danke ich Ihnen für die umfassende Beratung des Geschäftsberichtes. Insbesondere danken wir der Präsidentin der GFK für die ausserordentliche Arbeit, die geleistet wurde. Durch alle Voten hindurch kam die Frage auf, ob zu oberflächlich budgetiert wurde. Ich erlaube mir deshalb dazu einige Bemerkungen. Die Rechnung 2010 fusst bekanntlich auf dem Budget, das vom Regierungsrat im Sommer 2009 und vom Grossen Rat im Dezember 2009 verabschiedet wurde. Mit Recht müssen wir uns heute natürlich die Frage stellen, ob wir zu defensiv oder, wie es Kantonsrätin Haag sagte, zu konservativ budgetiert haben. Wir haben daher bei der Beurteilung des Ergebnisses 2010 nochmals die Grundlagen aus der Budgetphase konsultiert. Ich zitiere dazu aus dem Bericht der Expertengruppe des seco vom Sommer 2009: "Alles in allem präsentieren sich die Konjunkturaussichten für die Schweiz im Vergleich zum März nochmals ungünstiger. Dies liegt hauptsächlich darin begründet, dass die weltwirtschaftliche Rezession seit Anfang 2009 noch etwas schärfer verläuft als damals angenommen. ... Die Expertengruppe des Bundes prognostiziert neu für 2009 einen BIP-Rückgang für die Schweiz um 2,7 %. Auch für 2010 muss ... noch mit einem geringen BIP-Rückgang um 0,4 % gerechnet werden. ... Weil die Konjunktur nur schwer Tritt finden dürfte, ist bis Ende 2010 mit einer fortsetzenden Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Schweiz zu rechnen. Die Expertengruppe prognostiziert für 2009 eine Arbeitslosenquote von 3,8 %, die sich 2010 auf 5,5 % erhöhen dürfte." Glücklicherweise haben sich diese Prognosen nicht bestätigt. Die Arbeitslosenquote lag im Juni 2009 schweizweit bei 3,6 %, im Thurgau bei 3 %. Wohl hat sie sich in der Zwischenzeit leicht erhöht, aber sie ist auch wieder rasch zurückgegangen. Der rasche Rückgang ist vermutlich ein Spiegelbild der raschen wirtschaftlichen Erholung in der ganzen Schweiz. Schweizweit haben wir heute noch eine Arbeitslosenquote von 2,9 %, im Thurgau von 2,2 %. Ich gehe deshalb nicht einig mit den Ausführungen von Kantonsrätin Bruggmann. Wir haben wirklich eine tiefe Arbeitslosenquote. Die Schweiz hat sich von der Finanz- und der daraus folgenden Wirtschaftskrise sehr rasch erholt. Bei der Budgetierung lagen im Kanton Thurgau Gesuche von 110 Betrieben für Kurzarbeit vor. Es gab schweizweit 5 Millionen Ausfallstunden im Bereich der Kurzarbeit. Auch hier haben wir uns erholt. Heute bestehen noch etwa 10 % der 5 Millionen Ausfallstunden, und im Kanton Thurgau liegen gegenwärtig zehn oder elf Gesuche vor, also auch nur noch 10 % jener aus dem Jahr 2009. Wir dürfen dankbar feststellen, dass sich unser Arbeitslosengesetz vor allem im Bereich der Kurzarbeit hervorragend bewährt hat. Wir sind überzeugt, dass dieses Gesetz Arbeitsplätze erhält und auch die Wirtschaft in schwierigen Zeiten stützt. Mit diesem kurzen Rückblick wollte ich Ihnen aufzeigen, wo wir beim Erstellen des Budgets 2010 standen. Gegenwärtig befinden wir uns wieder in einer ähnlichen Situation wie 2009: Um unser Land herum haben wir eine so genannte Staatsverschuldungskrise. Die Schweiz ist in diesem Bereich eine absolute Insel, umgeben von einer stürmischen See, einem einbrechenden Euro. Wie sich der Euro entwickeln wird, wird für die Zukunft massgebend sein. Deshalb bitten wir Sie, dies auch zu berücksichtigen. Der Regierungsrat wird

überhaupt nicht depressiv, obwohl ihn der Voranschlag 2012 fordert. Der zwölfte positive Rechnungsabschluss und der Ertragsüberschuss sind natürlich sehr erfreulich, doch gibt es beim Vergleich des Jahres 2010 mit dem Jahr 2009 einen wesentlichen Unterschied: Beim Rechnungsabschluss 2009 war der Ertragsüberschuss geprägt von rund 50 % Einsparungen und 50 % Mehreinnahmen. Beim Rechnungsabschluss 2010 kam der Voranschlag eigentlich nur infolge höherer Einnahmen zustande. Dies zeigt auch, dass der Regierungsrat und die Verwaltung im Bereich des Aufwandes ausserordentlich eng budgetiert haben. Der Rechnungsabschluss 2011 wird gut ausfallen. Wir wissen heute schon, dass er besser als das Budget sein wird, dass wir aber im Bereich des Aufwandes auch Mehrausgaben und bei den Steuern Mehreinnahmen haben. Das Budget 2012 sieht in einer ersten Fassung tiefrot aus. Das ist kein Jammern, sondern nur eine Feststellung. Wir müssen hier unsere geistige Beweglichkeit unter Beweis stellen. Auch wir sind nicht gewappnet, dass von einem Jahr auf das andere Einnahmen von 50 Millionen Franken wegbrechen. Wir haben die Mehrausgaben im Bereich der Spitalfinanzierung kommen sehen, und wir wissen auch, was im Bereich der Finanzierung der Schulgemeinden auf uns zukommt. Bei Mindereinnahmen von 50 Millionen Franken und Mehrausgaben zwischen 50 und 100 Millionen Franken ist es verständlich, dass wir massiv gefordert sind - und in der Folge schlussendlich dann auch Sie. Sie haben positiv vermerkt, dass wir im Geschäftsbericht transparent informieren. Dies werden wir auch in Zukunft tun. Wir pflegen eine ausserordentlich gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Regierungsrat und Grosse Rat. In guten Zeiten ist dies vermutlich einfacher als in weniger guten, die auf uns zukommen. Deshalb sind wir froh, dass wir auch in Zukunft vertrauensvoll zusammenarbeiten können. Wir stehen an der Schwelle einer neuen Legislatur und sind uns bewusst, dass auch das Wachstum eine Komponente sein wird, die wir in die Regierungsrichtlinien 2012 - 2016 einfliessen lassen müssen. Ich bin dankbar für den Hinweis von Kantonsrätin Bruggmann im Zusammenhang mit den Stellen. Wir haben 2002/2003 die Berufsschulen kantonalisiert, von den Gemeinden die Zivilstandsämter sowie zusätzliche Aufgaben vom Bund in den Bereichen der Invalidenheime übernommen, weshalb es nicht verwunderlich ist, dass wir mehr Stellen aufweisen. Es wurde ferner die Feststellung gemacht, dass wir Entnahmen aus den Spezialfinanzierungen tätigen und die Reserven auflösen können. Das ist alles gut und recht, aber damit verschönern wir nur die Laufende Rechnung. Auf die Gesamtrechnung hat dies überhaupt keinen Einfluss. Im Gegenteil: Wir müssen uns in den kommenden Jahren natürlich verschulden. Diesbezüglich hat der Regierungsrat immer wieder betont, dass er bereit ist, die Reserven aufzubrechen. Bei der gegenwärtigen Revision der Pensionskasse, die auf den 1. Januar 2012 umgesetzt werden soll, ist der Umwandlungssatz ein Thema. In Bezug auf die Personalressourcen gibt es Statistiken, woraus hervorgeht, dass der Kanton Thurgau schweizweit die zweit- oder drittgünstigste Verwaltung hat. Dafür gibt es ein weiteres Indiz: Der Thurgau ist jener Kanton, der gemessen am Aufwand der Staatsrechnung den höchsten Anteil am Nationalbankgewinn hat. Dies zeigt einmal mehr, dass

wir im Bereich der Verwaltung sehr vorteilhaft arbeiten. Für das Personal haben wir in den letzten Jahren viel gemacht: Mehr Ferien, Vergünstigungen bei Rekachecks, "Ostwind" usw. 2010 hatten wir eine Teuerung von 0,7 %, auf dieses Jahr haben wir 1 % ausgeglichen. In Bezug auf die Steuern werden Sie Gelegenheit zur Stellungnahme haben. Nach der Erheblicherklärung der Motion zum Ausgleich der kalten Progression muss Ihnen der Regierungsrat eine Gesetzesvorlage unterbreiten. Zwei weitere Motionsbeantwortungen werden wir Ihnen im Rahmen der Budgetberatung zur Diskussion vorlegen. Es geht einerseits um die Abzugsmöglichkeit für die Eigenbetreuung und andererseits um den Tarif für die juristischen Personen. Darüber kann der Grosse Rat schlussendlich entscheiden.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Eintreten ist gemäss §§ 37 und 39 der Kantonsverfassung **obligatorisch.**

Detailberatung

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Für Informationen zur Detailberatung verweise ich auf die Berichte der Subkommissionen.

Präsident: Wir diskutieren kapitelweise gemäss Geschäftsbericht und der Übersicht, die auf Ihren Tischen aufliegt. Bitte nennen Sie bei Ihren Voten die Seitenzahl des Geschäftsberichtes oder des Zahlenteiles sowie die Kontonummer oder Kontogruppe.

Kapitel 1: Einleitung (weisse Seite 1)

Diskussion - **nicht benützt.**

Kapitel 2: Überblick Ergebnis Rechnung

Geschäftsbericht 2010 (grüne Seiten 3 bis 22)

Dieses Kapitel wird unter dem Abschnitt 3.7 Departement für Finanzen und Soziales behandelt (siehe Seite 62).

6.1 Räte und Staatskanzlei

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DFS/SK:

- Myrta Klarer, Sirnach (Vorsitz)
- Walter Marty, Ellighausen
- Richard Nägeli, Frauenfeld
- Daniel Wittwer, Sitterdorf

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen siehe unter 6.6 Departement für Finanzen und Soziales, Seite 58 ff.).

Präsident: Ich eröffne die Diskussion.

Kapitel 3: Rechenschaftsbericht und Rechnung

Abschnitt 3.1 Räte

Geschäftsbericht 2010 (Seiten 25 bis 29)

Statistischer Anhang gelb (Seiten 4 bis 11)

Anhang II: Staatsrechnung 2010 (Seite 7 Laufende Rechnung)

Diskussion - **nicht benützt.**

Abschnitt 3.2 Staatskanzlei

Geschäftsbericht 2010 (Seiten 33 bis 42)

Statistischer Anhang gelb (Seiten 12 und 13)

Anhang II: Staatsrechnung 2010 (Seite 8 Laufende Rechnung)

Diskussion - **nicht benützt.**

6.2 Departement für Inneres und Volkswirtschaft

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DIV:

- Katharina Winiger, Frauenfeld (Vorsitz)
- Kurt Baumann, Sirnach
- Heinz Herzog, Arbon
- Moritz Tanner, Winden

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Geschäftsbericht 2010 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2010

Der Aufwandüberschuss liegt rund 1,5 Millionen Franken tiefer als budgetiert. Der Hauptgrund liegt bei den Familienzulagen für Nichterwerbstätige, von denen rund 1 Million Franken nicht bezogen wurde.

Der Nettoaufwand der Ämter mit Globalbudget ist praktisch konstant geblieben.

Aufwand und Ertrag der Laufenden Rechnung sind um fast 14 Millionen Franken höher ausgefallen als budgetiert. Gründe dafür sind die um rund 9 Millionen Franken höheren Bundesbeiträge für die Landwirtschaft und die höheren Einlagen und Auszahlungen beim Energiefonds.

Die Investitionsrechnung schliesst rund 1,5 Millionen Franken besser ab als budgetiert. Hauptgründe dafür sind Minderbeiträge im öffentlichen Verkehr und geringere Ausgaben bei den Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft.

Das Departement steht gemäss dem vorliegenden Geschäftsbericht in Bezug auf Budgetierung und Kostenbewusstsein wiederum ausgezeichnet da. Die Subkommission bedankt sich beim Regierungsrat und der Verwaltung für die hervorragende Arbeit.

Ämterbesuche

Die Subkommission hat folgende Ämter besucht:

- Landwirtschaftsamt
- Amt für Geoinformation
- Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Generalsekretariat / Abteilung Energie

Die Subkommission wurde in allen Ämtern beziehungsweise Abteilungen sehr zuvorkommend und gut dokumentiert empfangen. Die Amtschefs erfüllen ihre Aufgaben zweckmässig und kompetent. Aber nicht nur das: Sie schauen immer auch vorwärts und beziehen neue Entwicklungen in ihre Arbeit mit ein. Dies führt dazu, dass sie in vielen Fällen auf Bundesebene die Zukunft mitgestalten. Die Subkommission freut sich, solche initiative Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im DIV vorzufinden!

Der vom Regierungsrat beschlossene Abbau von Überstunden und Ferienguthaben wurde in Angriff genommen. Es fällt nicht allen Amtschefs gleich leicht, die gesteckten Ziele zu erreichen.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

3010-3023 Generalsekretariat

Produktgruppe "Öffentlicher Verkehr/Tourismus"

Im Geschäftsjahr reisten 31 Millionen Passagiere auf den Bahn- und Buslinien im Kanton. Dies sind 2 Millionen oder 7 % mehr als im Vorjahr. Bei den Bahnen betrug der Zuwachs 5,7 %, bei den Bussen 12,6 %.

Zu diskutieren gab die Sonderabschreibung für die Frauenfeld-Wil-Bahn, deren Rollmaterial 2013 ersetzt werden soll. Die gesetzliche Grundlage dafür erschien der Subkommission etwas wacklig. In Anbetracht der Tatsache, dass damit aber auch Bundesgelder ausgelöst werden konnten, kann die Subkommission dieser Sonderabschreibung zustimmen.

Produktgruppe "Energie"

Das Förderprogramm ist auf gutem Kurs: Mit gut 24 Millionen Franken zugesicherten Förderbeiträgen konnten im vergangenen Jahr Investitionen von gut 172 Millionen Franken ausgelöst werden. Total können auf diese Weise rund 7,4 Millionen Liter Erdöl ersetzt oder eingespart werden. Die CO₂-Reduktion beträgt 12'800 Tonnen pro Jahr.

Der Regierungsrat hat die Reduktionsziele bezüglich fossiler Energien und Elektrizität bis 2015 festgelegt. Eine erste Zwischenbilanz über die Zielerreichung für die Periode 2007 bis 2010 ist in Arbeit. In den nächsten zwei Jahren beabsichtigt die Abteilung Energie, eine kantonale Energie- und CO₂-Statistik aufzubauen.

3420-3423 Amt für AHV und IV

Die Kosten für die Ergänzungsleistungen (EL) sind 2010 gegenüber dem Vorjahr um rund 3,5 Millionen Franken angestiegen. 2011 werden die Zahlen vermutlich noch höher ausfallen, und dies obwohl eigentlich mit einer Senkung der EL-Kosten mit der neuen Pflegefinanzierung gerechnet worden war. Es wird angenommen, dass die Berechnungen für die Pflegefinanzierung gleichzeitig einen Anspruch auf EL-Leistungen zutage gebracht haben.

Als kleiner Trost kann der Vergleich mit anderen Kantonen angesehen werden (Zahlen 2009): Der Kanton Thurgau rangiert hier bei den Ausgaben auf Platz 18 von 26 Kantonen.

3520-3545 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Beim Ämterbesuch lag das Schwergewicht bei den Fragen der Überwachung und Kontrolle entsandter Arbeitskräfte und der Durchführung der flankierenden Massnahmen. Für die Überprüfung und allfällige Sanktionen für Branchen mit allgemeinverbindlich erklärtem Gesamtarbeitsvertrag (ave-GAV) sind die jeweiligen paritätischen Berufskommissionen zuständig.

Die Subkommission stellt fest, dass es für Aussenstehende schwierig ist, zu beurteilen, ob in diesem Bereich ernsthafte Probleme bestehen, nur Einzelfälle aufgebauscht werden oder sich allenfalls die Rahmenbedingungen verändert haben.

So ist zum Beispiel der sprunghafte Anstieg der Anzahl an Verwarnungen bei den Kontrollen auf eine Änderung der Weisung des seco bezüglich der Meldefrist zurückzuführen und nicht auf eine generelle Verschlechterung der Situation.

3610-3635 Landwirtschaftsamt

Das Landwirtschaftsamt ist schwergewichtig für den Vollzug von Bundesaufgaben zuständig. In diesem Zusammenhang ist in erster Linie das EDV-Projekt "Agrarsektoradministration" (ASA) 2011 zu nennen. Mit ASA 2011 wird die Zusammenarbeit der Kantone und des Bundes organisatorisch und IT-mässig unterstützt. Im Vordergrund steht dabei die Reduktion des administrativen und finanziellen Aufwandes. So sollen sich Landwirtinnen und Landwirte, Behörden und weitere Anwender in Zukunft nur noch einmal anmelden müssen und jederzeit Zugang zu den eigenen Datensätzen haben. Die Umsetzung dieses ambitionierten Projektes wird dem Amt auch in Zukunft neben den Kosten für EDV-Anpassungen einen erheblichen personellen Mehraufwand bescheren.

Zu den Thurgauer Projekten gehört das Ressourcenprojekt "Ammoniak". Mit 881 beteiligten Betrieben wurde das Ziel für 2010 nicht erreicht.

3640 Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg

Der kürzlich abgeschlossene Umbau des Hauptgebäudes wird wieder eine normale Nutzung zulassen. Die Frage ist, ob durch eine Aufstockung des Personals eine intensivere touristische Nutzung möglich wäre. Die Subkommission ist bereit, diese Frage anhand von konkreten Entscheidungsgrundlagen zu prüfen.

Präsident: Ich eröffne die Diskussion.

Abschnitt 3.3 Departement für Inneres und Volkswirtschaft

Geschäftsbericht 2010 (Seiten 45 bis 106)

Statistischer Anhang gelb (Seiten 14 bis 17)

Anhang II: Staatsrechnung 2010 (Seiten 9 bis 14 Laufende Rechnung, Seite 61 Investitionsrechnung)

Dr. Wälti, SP: Ich spreche zur Produktgruppe "Energie", konkret zur prozentualen Aufteilung der bewilligten Fördergesuche auf Seite 52 unten des Geschäftsberichtes. Die Schulgemeinden sind vielerorts autonome Körper, losgelöst von den politischen Gemeinden. Sie besitzen neben den Schulgebäuden auch Turnhallen, die sich mit ihren grossen Dachflächen bestens eignen würden, um thermische Energie, beispielsweise für Duschanlagen in den Turnhallen, oder auch Strom zu produzieren. Ihr Anteil von 1,5 % an den Fördergesuchen ist sehr mager. Roggwil und Freidorf haben in den letzten fünf Jahren sowohl Anbauten an bestehende Schulen wie auch Turnhallenneubauten bekommen, allesamt ohne die erwähnten Energieproduktionsmöglichkeiten. Ich frage den Regierungsrat daher, welche Anstrengungen die Abteilung Energie unternimmt, um das Förderprogramm in den Köpfen der Schulbehörden zu fördern. Wird darauf in Zukunft

ein besonderes Augenmerk gelegt? Es darf nicht sein, dass nur Ein- und Mehrfamilienhausbesitzer fast 90 % der Fördergelder abholen. Die Schul- wie auch die Gemeindebehörden sollen dieser Aufgabe ebenfalls nachkommen.

Regierungsrat **Dr. Schläpfer**: Kantonsrat Dr. Wälti rügt, dass die Schulen nur mit 1,5 % bei den Förderbeiträgen beteiligt sind. Dies stimmt für 2010. Die Schulen sind eine öffentliche Körperschaft, die gemäss dem revidierten Energienutzungsgesetz verpflichtet sind, eine Vorbildrolle bei der Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz einzunehmen. Das trifft also auch die Schulen vom Grundsatz her. Beim Förderprogramm unterscheiden wir nicht zwischen Gesuchstellern der öffentlichen Hand und privaten Gesuchstellern, die Gemeinden sind aber beim Förderprogramm auch zugelassen. Bei den Photovoltaikanlagen gab es bis 2010 eine relativ enge Limite hinsichtlich der flächen- und betragsmässigen Unterstützung solcher Anlagen. Die Limite haben wir 2011 erhöht, so dass jetzt auch grössere Anlagen gefördert werden können. Was die übrigen Anlagen anbetrifft (Isolationen, Fenster usw.), sind die Gemeinden gleichgestellt wie Private. 2011 sind von Seiten der Schulen und der Gemeinden schon viel mehr Gesuche eingegangen als 2010. Ich erwarte daher, dass der Prozentsatz 2011 höher sein wird als 2010.

Vonlanthen, SVP: Ich spreche zur Produktgruppe "Öffentlicher Verkehr/Tourismus" auf Seite 49 des Geschäftsberichtes. In diesem Abschnitt wird der Güterverkehr gerade einmal in einem Sätzchen abgehandelt, und zwar mit der Nullmeldung: "Es wurden keine Beiträge zugesichert." Dabei gäbe es in diesem Abschnitt zum Güterverkehr einiges zu sagen, umso mehr, als auch der Güterverkehr den Tourismus durchaus berührt. Fragen Sie einmal die vielen Campierer am See, ob der Güterverkehr für sie kein Thema sei. Meine Gäste erlebten am Montagabend - ich wohne gleich an der Bahnlinie - allein zwischen 20 und 22 Uhr mindestens vier kleinere Erdbeben, hervorgerufen durch deutsche Güterzüge. Da gab es im letzten Jahr eine bemerkenswerte Studie zur Lärmreduktion der Güterzüge durch Temporeduktionen, die der Regierungsrat in Auftrag gegeben hatte. Das wesentliche Ergebnis: Schon Temporeduktionen um 25 % könnten die Lärmbelastung substantiell senken. Die Studie hat vor allem auch ergeben, dass auf den Abschnitten Kreuzlingen - Münsterlingen und Romanshorn - Egnach problemlos mit Tempo 50 statt mit Tempo 90 gefahren werden könnte, ohne den Fahrplan der Personenzüge zu tangieren. Ich erlaube mir dazu zwei Fragen: 1. Wir Anwohner haben den Eindruck, dass der Güterverkehr auf der Seelinie 2010 und in den letzten Monaten weiter zugenommen hat. Lässt sich neben der Entwicklung des Personenverkehrs, die sehr detailliert geschildert wird, auch etwas über die Entwicklung des Güterverkehrs auf der Seelinie in dieser Zeit sagen? 2. Die erwähnte Studie zeigt auf, dass zumindest in zwei Abschnitten Tempo 50 gefahren und damit die Lärmbelastung stark reduziert werden könnte. Welche Interventionsmöglichkeiten sieht der Regierungsrat, damit die SBB diese

hoffnungsvollen Erkenntnisse auch in die Tat umsetzt? Die "Thurgauer Zeitung" titelte gestern zur Behandlung des Geschäftsberichtes: "Gelegenheit für Lob und Tadel". Die Interessengemeinschaft Seelinie spricht dem Regierungsrat und speziell Regierungsrat Dr. Kaspar Schläpfer ihren ausdrücklichen Dank für den bemerkenswerten Einsatz in dieser lauten Angelegenheit aus. Wir wünschen dem Regierungsrat und der betroffenen Bevölkerung jetzt nur noch einen vernehmbaren Durchbruch auf den Etagen der SBB.

Regierungsrat **Dr. Schläpfer**: Zur ersten Frage: Die Entwicklung des Personenverkehrs ist im Geschäftsbericht ausführlich dargestellt, weil es sich um eine wichtige Aufgabe des Kantons mit grosser finanzieller Beteiligung von Bund, Kanton und Gemeinden handelt. Im Gegensatz dazu ist der Bahngüterverkehr keine kantonale Aufgabe. Daher sind in diesem Bereich praktisch keine Zahlen im Geschäftsbericht veröffentlicht. Die Zahlen zum Güterverkehr auf der Seelinie fordert das Departement regelmässig im Hinblick auf die Lärmproblematik von der SBB Infrastruktur ein, und wir teilen diese Ergebnisse den Gemeinden und der Interessengemeinschaft Seelinie jeweils mit. Es zeigt sich diesbezüglich ein unterschiedliches Bild: Auf dem Streckenabschnitt Kreuzlingen - Romanshorn ging die Zahl der Güterzüge seit 2006 von 3'257 kontinuierlich bis auf 2'217 im Jahr 2009 zurück. 2010 ist die Zahl wieder auf 2'542 Züge angestiegen. Auf dem Streckenabschnitt Romanshorn - Rorschach verkehrten 2006 3'929 Güterzüge. Nach einem Rückgang um rund 300 Züge in den Jahren 2007 und 2008 erhöhte sich das Güterzugaufkommen 2009 auf 3'829 und 2010 auf 4'490. Der Eindruck stimmt also mit Bezug auf Arbon. Dort hat tatsächlich eine Zunahme von Güterzügen stattgefunden, zwischen Romanshorn und Kreuzlingen eine Abnahme. Die Zahl der Güterzüge zwischen Romanshorn und Rorschach ist höher, weil die Züge von der Thurtallinie her dazukommen. Zur zweiten Frage: Wir haben uns in den letzten Jahren intensiv mit der Lärmproblematik der Güterzüge entlang der Seelinie auseinander gesetzt. Ich erinnere an das von meinem Departement in Auftrag gegebene Rechtsgutachten betreffend freien Netzzugang, an die Studie betreffend Lärmreduktion durch Geschwindigkeitsreduktion sowie an diverse Eingaben zuhanden des Bundesrates betreffend Änderung des Trassenpreissystems und weiterer Massnahmen zur Lärmreduktion. Die Studie betreffend Geschwindigkeitsreduktion hat dargelegt, dass langsamere Güterzüge tatsächlich spürbar weniger Lärm verursachen. Der Fragesteller hat also völlig recht. Unsere Abklärungen haben gezeigt, dass leider keine rechtlichen Möglichkeiten bestehen, Geschwindigkeitsreduktionen auch durchzusetzen. Uns bleibt einzig der Verhandlungsweg. Ich kann Ihnen versichern, dass wir mit der SBB als Infrastrukturbetreiberin in Kontakt bleiben und fordern, die Geschwindigkeit so weit als möglich zu reduzieren, soweit dies ohne Einschränkungen der betrieblichen Sicherheit und Zuverlässigkeit möglich ist. Gestern hatten wir eine Verhandlung mit dem Leiter Fahrplan und Netzdesign von SBB Infrastruktur in Frauenfeld. Dort haben wir unsere Forderungen nochmals deponiert. Die SBB macht verschiedene Einwendungen geltend, hat uns aber eine weitere Prüfung zugesichert. Im dritten Quartal 2011 sollten wir

eine Antwort erhalten. Was an Geschwindigkeitsreduktionen möglich ist, muss unbedingt verwirklicht werden.

Wohlfender, SP: Ich spreche zur Produktgruppe "Wirtschaftsförderung/Marketing" auf Seite 76 des Geschäftsberichtes, auf welcher die Neuansiedlungen als erfolgreiche Projekte tabellarisch aufgelistet werden. Daraus ist ersichtlich, dass die Mehrheit der Ansiedlungen aus dem nördlichen Nachbarland kommt. Die meisten Ansiedlungen sind im Dienstleistungssektor zu verzeichnen. Interessant wäre es, zu erfahren, welche Sparten des Dienstleistungsbereiches diese neuen Firmen belegen. Die Fraktion der SP interessiert in diesem Zusammenhang auch die Anzahl der dadurch geschaffenen Arbeitsplätze sowie insbesondere, welche Anforderungsprofile diese beinhalten. Weiter interessiert uns, ob die Stellen durch Personen mit Wohnsitz in der Schweiz besetzt wurden oder ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Zuzug aus dem nahen Ausland mitgebracht wurden.

Regierungsrat **Dr. Schläpfer:** Beim Geschäftsbericht stellt sich immer wieder die Frage, wie detailliert alles dargelegt werden soll. Je detaillierter wir informieren, desto dicker wird der Geschäftsbericht. Bei den 26 Unternehmen des dritten Sektors, die angesiedelt werden konnten, handelt es sich um folgende Branchen: Handel, Grosshandel: 5; Verlagswesen: 1; Informationstechnologie: 3; Unternehmensdienstleistungen: 3; Engineering: 1; Reiseveranstalter: 1; Unternehmensdienstleister: 2; Gesundheits- und Sozialwesen: 4; Kunst, Unterhaltung und Erholung: 2; sonstige Dienstleistungen: 4. Zur Herkunft dieser 26 Ansiedlungen: Schweiz: 2; Russland: 2; Polen: 1; Italien: 1; Deutschland: 20. Die anderen Fragen kann ich aus dem Stand nicht beantworten. Ich werde aber prüfen, ob wir das nächste Jahr detaillierter im Geschäftsbericht informieren können.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

6.3 Departement für Erziehung und Kultur

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DEK:

- Cäcilia Bosshard, Wilen (Gottshaus) (Vorsitz)
- Verena Herzog, Frauenfeld
- Ueli Oswald, Berlingen
- Sonja Wiesmann Schätzle, Wigoltingen

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Geschäftsbericht 2010 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2010

Die Laufende Rechnung 2010 des DEK schliesst um rund 7,2 Millionen Franken besser ab als budgetiert. Davon entfallen 5,1 Millionen Franken auf die nicht beeinflussbaren Beiträge und 2,1 Millionen Franken auf das Globalbudget. Der Aufwandüberschuss liegt damit bei rund 340,25 Millionen Franken und wird mit einer Abweichung von -2,1 % gegenüber dem Budget als positives Ergebnis von der Subkommission DEK zur Kenntnis genommen.

An zwei Sitzungen (12. Mai 2011 Subkommission DEK und 26. Mai 2011 Gesamtkommission) mit der Departementschefin wurden die Rechnung 2010 und die erbrachte Leistung im Departement, den Ämtern und den Kantonsschulen detailliert durchberaten. Wir danken Regierungsrätin Monika Knill und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit, für die sehr gute Zusammenarbeit, für die offene Kommunikation und die transparente Information.

Ämterbesuche

Die Subkommission DEK hat folgende Ämter besucht:

- Dienste Berufsfachschulen
- Amt für Volksschule
- Amt für Berufsbildung und Berufsberatung
- Bildungszentrum Arbon
- Bildungszentrum für Bau und Mode
- Bildungszentrum für Gesundheit
- Kantonsbibliothek

Die Subkommission DEK wurde überall freundlich empfangen, und die gestellten Fragen wurden kompetent beantwortet.

Aufgefallen ist, dass der Vereinheitlichungsprozess bei den Berufsfachschulen noch nicht abgeschlossen ist. Die in diesem Zusammenhang gebildeten "Dienste Berufsfachschulen" (DBT) werden seitens des Departementes (Amt für Berufsbildung und Berufsberatung sowie Generalsekretariat) und der einzelnen Rektoren/Berufsfachschulen unterschiedlich wahrgenommen. Vor der Einführung der DBT wurden alle Konzernaufgaben (Personalprozesse, Budgetprozess, Globalbudget, Rechnungsführung etc.) an den

sieben Berufsfachschulen sehr unterschiedlich gehandhabt. Währenddem für einzelne Schulverantwortliche heute die DBT anscheinend keine Entlastung bedeuten, ist seit der Einführung der Abteilung DBT ein verminderter Aufwand im Bereich Controlling beim Generalsekretariat DEK sehr wohl spürbar.

"Die Positionierung der Abteilung DBT muss aber weiterhin beobachtet, optimiert und eng begleitet werden", so die Antwort der Regierungsrätin. Wir schliessen uns dieser Feststellung an.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

4010 Generalsekretariat

Für die Fachstelle "Kinder-, Jugend- und Familienfragen" wurde ab dem Voranschlag 2010 jährlich 1 Million Franken budgetiert und bewilligt. Die Fachstelle hat ihren Betrieb am 1. Juni 2010 aufgenommen. Die 150 Stellenprozente wurden nicht wie budgetiert per Anfang Jahr, sondern per 1. Juni 2011 besetzt. Daher resultiert die Budgetunterschreitung im Globalbudget des Generalsekretariates DEK.

4110 Amt für Volksschule

Die Berichterstattung zum Geschäftsjahr 2010 des Amtes für Volksschule ist sehr umfangreich und informativ.

Bereits seit einigen Jahren sieht sich das Amt für Volksschule kritischen Äusserungen betreffend ihren administrativen Aufwand wie auch die grosse (zu grosse) Anzahl an Schulprojekten gegenüber. Fragen im Bereich Schulentwicklung/Schulevaluation stehen wiederholt im Raum. Die Subkommission DEK unterstützte darum das Begehren des Amtschefs für eine Aussprache und Informationsrunde mit der GFK. In einer speziell einberufenen Sitzung wird die GFK die erwähnten Themen mit dem Chef des Amtes für Volksschule erläutern und die Situation für die Budgetierung 2012 besprechen.

4130 Amt für Mittel- und Hochschulen

Aktivitäten im Hochschulbereich

Die Vernetzung des grenzüberschreitenden Bildungs- und Wissenschaftsstandortes Konstanz/Kreuzlingen wurde auch im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Die Studiengänge für die Sekundarstufen I und II an der PHTG sowie der im Herbst 2011 startende Masterlehrgang "Frühe Kindheit" sind nur in Kooperation mit der Universität Konstanz möglich. Die drei An-Institute der Konstanzer Hochschulen, das Biotechnologie-Institut Thurgau (BIT g), das Thurgauer Wirtschaftsinstitut (TWI) und das Institut für Werkstoffsystemtechnik Thurgau (WIT g) haben sich weiter etablieren können.

Bereich Mittelschulen

Die Thurgauer Maturitätsquote ist um 0,4 % auf 14,5 % gestiegen. Im Vergleich dazu liegt die Maturitätsquote für die Ostschweiz bei 15,8 %, und der schweizerische Durchschnitt beträgt 19,4 %.

Förderung von Schülerinnen und Schülern mit speziellen Begabungen: Es sind aktuell zwei Arbeitsgruppen eingesetzt, die a) Abklärungen treffen, wie Schülerinnen und Schüler mit speziellen Begabungen noch besser gefördert werden können, und b) ein Umsetzungskonzept zur Förderung intellektuell begabter Jugendlicher mit Migrationshintergrund erarbeiten.

Im Herbst 2011 wird das DEK die GFK über den aktuellen Stand der Abklärungen informieren.

Darlehensschulden

Leider sind immer wieder Darlehensnehmer über viele Jahre nicht in der Lage, ihre Darlehensschuld zu begleichen. Diese nicht einbringbaren Darlehensausstände wurden nachträglich in Stipendien umgewandelt. Da nach der Einführung der NFA die erwähnte buchhalterische Umwandlung von Darlehensschulden in Stipendien keine Bundesbeiträge mehr auslöst, wird nun geprüft, ob inskünftig nicht einbringbare Darlehen über ein Abschreibungskonto verbucht werden sollen. Um mehr Transparenz zu schaffen, ist eine Praxisänderung im erwähnten Bereich zu empfehlen.

4310 Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

"Case Management Berufsbildung" ist nach der Startphase vom Dezember 2009 bis Februar 2011 in 80 Fällen aktiv geworden. Seither steigen die Fallzahlen stetig und steil an. Das Bedürfnis für diese Dienstleistung scheint damit ausgewiesen. Derzeit befindet sich das "Case Management" noch in der Projektphase. Nach Abschluss der Projektphase wird eine Evaluation durchgeführt.

Konzept Finanzbeiträge überbetriebliche Kurse: Der Bund schreibt eine Mitfinanzierung der überbetrieblichen Kurse von 20 % durch die Kantone vor. Der Kanton Thurgau hat aber in der kantonalen Gesetzgebung bereits eine Mitfinanzierung von 35 % festgelegt und diesen Ansatz auch beibehalten. Die Kantone ermitteln die Vollkosten der überbetrieblichen Kurse über die schweizerischen Berufsverbände. Daraus entsteht der Kantonsbeitrag.

Die eingangs unter Ämterbesuche erwähnte Problematik der noch nicht abgeschlossenen Vereinheitlichung der Berufsfachschulen beinhaltet auch ausserhalb der Aufgaben der DBT die bisher kaum mögliche Vergleichbarkeit von beispielsweise administrativen Aufwänden inklusive Spesenregelungen usw. Im Weiteren sollen im Rahmen von Abklärungen im Umfeld der Berufsfachschulen auch Fragen zu Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Berufsschulkommissionen und deren Schnittstellen zu den Rektoraten und der Amtsleitung überdacht werden.

4320 Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, Dienste Berufsfachschulen

Verrechnung von Infrastrukturkosten: Nur am Standort Weinfelden werden bisher die Infrastrukturleistungen zentral durch die DBT geführt und auf die drei Schulen am Standort verrechnet. Schulen ausserhalb des Berufsbildungszentrums führen die Infrastrukturkosten eigenständig in ihren Rechnungen. Es wurde uns versichert, dass mit der Einführung von HRM2 auf das Budget 2012 und den neuen Kontenplänen die Infrastrukturkosten

transparenter dargestellt sein werden.

4610 Kulturstad

Die detaillierten Beitragszusagen von Geldern aus dem Lotteriefonds werden jeweils auf der Homepage des Kulturstadtes publiziert.

Die Beurteilungs- und Vergabekriterien werden ausführlich im Kulturkonzept ausgeführt. Dieses erscheint alle drei Jahre neu.

4710 Amt für Archäologie

In Eschenz wurde die erste geophysikalische Prospektion durchgeführt. Die Ergebnisse sind sehr positiv ausgefallen und erlauben den angestrebten "Blick in den Boden" und somit auch die Planung der künftigen Grabungen. Das Amt für Archäologie beabsichtigt, 2011 und 2012 die grösseren Freiflächen in der Bauzone in Untereschenz mit weiteren geophysikalischen Prospektionen abzuklären.

Präsident: Ich eröffne die Diskussion.

Abschnitt 3.4 Departement für Erziehung und Kultur

Geschäftsbericht 2010 (Seiten 109 bis 178)

Statistischer Anhang gelb (Seiten 18 bis 47)

Anhang II: Staatsrechnung 2010 (Seiten 15 bis 26 Laufende Rechnung, Seite 62 Investitionsrechnung)

Wirth, SVP: Ich spreche zum Konto 4111.472.00, Gemeindebeiträge von Schulgemeinden, auf Seite 16 der Staatsrechnung. Vor etwa zwei Jahren ist bestimmt worden, dass in Zukunft ein Betrag in der Grössenordnung von 28 Millionen Franken an die Schulgemeinden ausbezahlt wird. Ich stelle die These in den Raum, dass durch die Steuermehreinnahmen einerseits und die Stagnation bei den Schülerzahlen andererseits nur etwa die Hälfte dieses Betrages für den Kanton wirklich zum Tragen kommt, wenn das Beitragsgesetz zum ersten Mal greift. Auf Seite 16 ist ersichtlich, dass mit Einnahmen von 12 Millionen Franken der abgebenden Schulgemeinden gerechnet wurde. Tatsächlich sind im Jahr 2010 dann 17,5 Millionen Franken eingegangen. Andererseits bekommen jene Schulgemeinden, die Geld erhalten, weniger, weil sie natürlich auch kleinere Schülerzahlen und mehr Steuererträge haben.

Zu den Produktgruppen "Schulaufsicht" und "Schulevaluation/Schulentwicklung" auf den Seiten 117/118 des Geschäftsberichtes: Aufgaben und Aufträge von Schulaufsicht und Schulevaluation geben seit der Einführung der geleiteten Schulen immer wieder zu Diskussionen Anlass. Durch die vom Kanton initiierte neue Führungsstruktur in den Schulgemeinden hat sich zwangsläufig auch die Führungsstruktur in den Schulgemeinden verändert beziehungsweise muss der Kanton seine Führungsstruktur auf dieser Ebene natürlich ebenfalls anpassen. Dafür sind die Aufgaben, Aufträge und Schnittstellen bis hin zu den Schulgemeinden genau zu definieren. Gerade für die Schulaufsicht

muss dieses Feld in Zukunft exakter abgesteckt werden. Schulgemeinden sind heute autonomer. Sie können durch ihre Führungsstruktur Personalführungsaufgaben selbständig wahrnehmen, zumal bei Bedarf auch die kantonale Schulberatung zur Verfügung steht. In diesen sensiblen Bereichen ist es zwingend, klare Verhältnisse und Zuständigkeiten zu schaffen. Umteilungen von Schülerinnen und Schülern von einer Schulgemeinde in eine andere können, wie früher, problemlos durch die Schulgemeinden selber erfolgen. Wenn Aufgaben und Kompetenzen nicht exakt abgesteckt sind, führt dies immer wieder zu unnötigen Reibereien zwischen den Partnern. In der Beantwortung der Einfachen Anfrage von Katharina Winiger vor einigen Wochen, die für mich nicht in allen Belangen befriedigend ausgefallen ist, weist der Regierungsrat darauf hin, dass der Einsatz von personellen Ressourcen speziell bei Wechseln laufend vorgenommen wird. Gerade für das Jahr 2012, in dem Wechsel bei der Schulaufsicht anstehen, macht es Sinn, nicht allein die personellen Ressourcen zu optimieren, sondern den Auftrag der Schulaufsicht und der Schulevaluation zu prüfen, zu entflechten und klare Strukturen mit Schnittstellen und eindeutigen Kompetenzzuordnungen zu schaffen.

Schwyter, GP: Ich spreche zum Bildungszentrum für Technik Frauenfeld auf Seite 153 des Geschäftsberichtes. Gemäss Geschäftsbericht 2010 schien im Bildungszentrum für Technik in Frauenfeld alles in bester Ordnung zu sein. Es brauchte einen anonymen Brief an sämtliche Mitglieder des Grossen Rates, um darauf hinzuweisen, dass bei der Leitung des Bildungszentrums einiges im Argen liegt. Obwohl anonyme Schreiben an sich in den Papierkorb gehörten, sind wir in diesem speziellen Fall doch alle froh darüber, dass die Aufsichtsbehörde tätig wurde, der Sachverhalt abgeklärt wurde und Massnahmen eingeleitet werden konnten. Wir Grünen sind aber erstaunt und auch besorgt darüber, dass in diesem Fall anscheinend sämtliche Kontrollstellen versagt haben und weder die amtierende Regierungsrätin noch deren Vorgänger über die Probleme informiert waren. Dies zeigt einmal mehr, dass eine unabhängige Ombudsstelle bei uns im Kanton dringend nötig wäre. Nicht verständlich ist für uns Grüne, dass unter den gegebenen Umständen eine Führungsperson noch ein weiteres Jahr in dieser Funktion und darüber hinaus in einer eigens dafür geschaffenen Funktion weiterbeschäftigt wird. Wir erwarten, dass in diesem Fall die nötigen Konsequenzen gezogen und auch die entsprechenden Verantwortlichkeiten abgeklärt werden, damit sich ein solcher Fall nicht wiederholen kann.

Gubser, SP: Auch mir geht es um die Untersuchung in Bezug auf das Bildungszentrum für Technik in Frauenfeld. Ich möchte an dieser Stelle zu Protokoll geben, dass ich es nicht für richtig befunden habe, die Untersuchung dem zuständigen Amt zu übergeben. Ich verstehe das nicht. Meines Erachtens kann jetzt, nachdem Resultate intern vorliegen und gewisse Resultate kommuniziert wurden, noch nicht Halt gemacht werden. Es müssen weitere Verantwortlichkeiten geklärt werden. Frauenfeld ist nicht die einzige Berufs-

schule im Kanton, in der es personelle Schwierigkeiten gibt. Ich frage die zuständige Departementschefin, ob Konsequenzen im Departement folgen und ob auch solche bei anderen Berufsschulen zu gewärtigen sind.

Regierungsrätin **Knill**: Zum Bildungszentrum für Technik in Frauenfeld: Wie aus der Medienmitteilung hervorgeht, hat der Bericht für mich Stärken und Schwächen aufgezeigt. Jetzt geht es nicht darum, Halt zu machen, sondern in einer zweiten Phase weitere Massnahmen einzuleiten, und zwar generell im Zusammenhang mit den Führungsstrukturen. Wir sind der Auffassung, dass es angezeigt ist, verschiedene Bereiche und Akteure, die über die Verantwortlichkeiten dieser Berufsschullandschaften hinausgehen, genauer anzuschauen und die Schnittstellen zu klären. Ich bin der festen Überzeugung, dass erst jetzt die eigentliche Arbeit beginnt. Wir müssen an unseren Berufsschulen Strukturen schaffen, die sowohl bei schönem als auch bei wolkigem Wetter Bestand haben. Es ist auch wichtig, dass dieser Schritt, der nun eingeleitet wird, mit allen Beteiligten gemeinsam in Angriff genommen wird (Berufsschulkommissionen, Amt, verschiedene Verantwortliche). Es geht letztlich darum, dass gewisse Klärungen erfolgen und wir nachher sagen können, dass wir aufgrund der überarbeiteten Strukturen in der Lage sind, in die Zukunft zu blicken. Die Frage, ob Konsequenzen im Departement folgen, kann und will ich heute nicht beantworten. Ich möchte nochmals betonen, dass ich mich von Anfang an der Sachlichkeit verpflichtet gefühlt habe. In unserem Departement wurde die Führungs- und Leistungsüberprüfung nicht einfach nur dem Amtschef in Auftrag gegeben, sondern sie erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat, wobei die Ergebnisse an mich gerichtet werden mussten. Ich war zu jeder Zeit informiert über die verschiedenen Schritte, die im Zusammenhang mit dieser Überprüfung gemacht wurden. Wir haben auch klar festgelegt, in welcher Art und Weise die externe anonymisierte Mitarbeiterbefragung zu erfolgen hat. Auch hier haben wir meines Erachtens richtig gehandelt. Bis zum Zeitpunkt des Auftrages zur Überprüfung ist bei mir nie eine Person vorstellig geworden, die etwas auf dem Herzen gehabt und es bei mir hätte deponieren wollen. Wir gehen mit Optimismus in die Zukunft und sind überzeugt, dass wir uns nach den Erkenntnissen, die wir aus den Ergebnissen ziehen konnten, nun mit aller Kraft der Zukunft widmen und neue Strukturen aufbauen müssen, welche die Anforderungen, die an uns auch berechtigterweise gestellt werden, zu erfüllen vermögen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

6.4 Departement für Justiz und Sicherheit

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DJS:

- Josef Bieri, Kreuzlingen (Vorsitz)
- Erwin Imhof, Bottighofen
- Norbert Senn, Romanshorn
- David Zimmermann, Braunau

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Geschäftsbericht 2010 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2010

Am erneut bemerkenswert guten Abschluss der Rechnung hat das DJS mit 1,8 Millionen Franken oder -4,3 % beigetragen. Wir anerkennen dieses Ergebnis und danken allen daran beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr. Bei den Gerichten ist eine negative Abweichung von Fr. 625'000.-- zu verzeichnen.

Der Kommission standen zusätzliche Informationen zu Budget- und Rechnungsvergleich der verschiedenen Ämter, in welchen die grössten Abweichungen dargestellt sind, zur Verfügung.

Ämterbesuche

Die Subkommission hat folgende Ämter besucht:

- Amt für Bevölkerungsschutz und Armee
- Strassenverkehrsamt
- Massnahmenzentrum Kalchrain
- Generalsekretariat, Straf- und Massnahmenvollzug
- Kantonspolizei
- Migrationsamt

Alle Ämter waren sehr gut vorbereitet. Auch im Migrationsamt, wo der Amtsleiter nicht anwesend sein konnte, haben seine Stellvertreter sehr gut informiert. Die ämterübergreifende Zusammenarbeit scheint zufriedenstellend zu funktionieren und ist gut organisiert. Der Chef des Amtes für Bevölkerungsschutz und Armee hat sich sehr gut eingearbeitet und sein Amt erfrischend und engagiert präsentiert. Dem Strassenverkehrsamt wird von der Finanzkontrolle attestiert, dass es einer der dynamischsten Betriebe im Kanton sei, der verantwortungsbewusst und kundenfreundlich arbeite und die interkantonale Zusammenarbeit konstruktiv beeinflusse.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

5010-5017 Generalsekretariat

Hier haben wir uns eine Budgetüberschreitung von rund Fr. 180'000.-- im Bereich des Opferhilfegesetzes zusätzlich erläutern lassen. Entsteht einem Opfer aus einer Straftat ein bleibender Schaden, so kann dieses eine Entschädigung beantragen. Diese beträgt

höchstens Fr. 120'000.--. Wenn eine schwere Beeinträchtigung dies rechtfertigt, kann zudem eine Genugtuung beantragt werden bis maximal Fr. 70'000.--. Im letzten Jahr sind beim DJS 44 Gesuche bearbeitet worden. Von der Staatsanwaltschaft oder den Gerichten gelangten 23 Fälle zur Auszahlung, und die Fachstelle "Opferhilfe Thurgau" hatte 920 Ratsuchende zu betreuen. Von den beiden im Einzugsbereich liegenden Frauenhäusern Schaffhausen und Winterthur besteht mit Schaffhausen eine Leistungsvereinbarung. Die Frauenhausaufenthalte nehmen ab. Offenbar greift die Massnahme, dass die Polizei gewalttätigen Männern die Wohnung verbieten kann und die Frauen in der Wohnung bleiben können.

Produktgruppe "Straf- und Massnahmenvollzug"

Im Berichtsjahr musste erneut eine massive Kostensteigerung (ca. 1,5 Millionen Franken) hingenommen werden. Der Kanton ist hier auf die Konkordatskantone angewiesen. Für Frauen ist die einzige Vollzugsanstalt jene von Hindelbank. Für den geschlossenen Vollzug steht vor allem Pöschwies zur Verfügung und für den offenen Strafvollzug Saxerriet und Realta. Festzuhalten ist, dass die Auslastung des Kantonalgefängnisses rund 100 % beträgt. Ein Gefängnisplatz in einer Vollzugsanstalt verursacht Baukosten von rund Fr. 600'000.--. Gemäss Auskünften besteht für allfällige Erweiterungen zurzeit aber kein Handlungsbedarf. Ein Gefängnis, das betriebswirtschaftlich sinnvoll geführt werden soll, muss zudem auch eine gewisse Grösse haben.

5110 Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen

Produktgruppe "Einbürgerungen"

Betreffend die Kosten hat der Kanton nur bei den "ordentlichen Einbürgerungen" Gestaltungsspielraum. Hier wurde ein Kostendeckungsgrad von 98 % erreicht. Die restlichen Gebühren können nicht vom Kanton festgelegt werden (erleichterte Einbürgerungen).

5211-5212 Konkursamt und Betreibungsinspektorat

Die Inkraftsetzung der Revision des Gesellschaftsrechtes auf den 1. Januar 2008 hat bei den Zahlen Auswirkungen gehabt. Wenn man die Zahl der Konkurseröffnungen bereinigt, waren 271 Konkurse 2009 und 268 Konkurse 2010 zu registrieren.

Es kann davon ausgegangen werden, dass nach der Bereinigung des Handelsregisters in den nächsten Jahren die Konkurseröffnungen stabil bleiben.

5270 Jugendanwaltschaft

Die Budgetabweichung (Konto 5270.365.00) von 12 % wird durch erhöhte Untersuchungs- und Versorgungskosten begründet. Im Unterschied zur früheren Praxis konnten weniger Jugendliche bei Privatpersonen und Pflegefamilien untergebracht werden. Die institutionellen Unterbringungen sind erheblich teurer. Unsere Frage zum internen Ablauf und zur Kontrolle der persönlichen Arbeitsleistung wurde dahingehend beantwortet, dass der Ablauf per Jahresbeginn neu definiert und standardisiert wurde. Wenn die Vorgaben nicht innert festgelegter Frist erfüllt werden, erfolgt eine Mahnung unter Ansetzung einer letzten Frist, die eine erneute Vorladung vor die Jugendanwaltschaft auslöst.

Mit der neuen Fachstelle "Kinder-, Jugend- und Familienfragen" im DEK wird eng zusammengearbeitet. Langfristig sollten damit Probleme der Jugendlichen möglichst frühzeitig gelöst und teure Folgekosten vermieden werden.

5280 Untersuchungsrichteramt

Die Vergleiche brauchen zusätzliche Erläuterungen, die uns auch gegeben wurden. Sie gehen auf die Neuorganisation zurück. So sind zum Beispiel 317 Fälle des kantonalen Untersuchungsrichteramtes in der Statistik der einzelnen Bezirksamter noch nicht enthalten. Ab einem gewissen Zeitpunkt hat die ehemalige Staatsanwaltschaft keine Fälle mehr zur Anklage bei den Gerichten entgegengenommen. Es kann festgestellt werden, dass in der ganzen Schweiz zu Beginn des Jahres 2011 in diesen Bereichen wenig lief, da sich die Staatsanwältinnen und -anwälte zuerst mit der neuen Strafprozessordnung vertraut machen mussten. Ab 2011 wird nur noch eine Statistik "Staatsanwaltschaft" aufgeführt werden, und künftige Vergleiche werden vereinfacht.

5410 Strassenverkehrsamt

Das Strassenverkehrsamt hat eine leicht positive Abweichung vom Budget, die dank Nettomehrerträge in der Position "Verkehrszulassung Fahrzeuge" zustande kam. Zusätzliche Angaben sind dem Kurzprotokoll auf Seite 9 (Bonus-/Malus-System bei den Strassenverkehrsabgaben ab 2011) - Stand 9. Mai 2011 - zu entnehmen. Ebenso sind die Abweichungen zum Globalbudget unter dem Aspekt "Kundenanforderungen" erwähnt, die sich im laufenden Jahr positiv auswirken werden.

Die Subkommission und auch die Gesamtkommission haben sich auch mit der "association des services des automobiles" beziehungsweise der Vereinigung der Strassenverkehrsämter (asa) befasst, die zurzeit vom Thurgauer Amtschef präsidiert wird. Bei der asa handelt es sich um einen im Jahr 1932 gegründeten Verein, in dem der Thurgau bis jetzt noch nie einen Präsidenten stellen konnte. Insgesamt kann der Feststellung von Präsident Ernst R. Anderwert gefolgt werden, der bemerkte, dass die asa als Selbsthilfeorganisation der Strassenverkehrsämter betrachtet werden könne. Sie werde professionell geführt und insbesondere in finanziellen Bereichen durch professionelle Stellen beaufsichtigt. Sie koordiniere die Umsetzung von Aufgaben, die aufgrund der Gesetzgebung den Kantonen zugewiesen werde, basierend auf betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Die Kantone würden dadurch finanziell bedeutend entlastet.

5430 Migrationsamt

Zur massiven Zunahme der Zahl der im Erotik-Gewerbe beschäftigten Ausländerinnen hat der Regierungsrat mitgeteilt, dass durch die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit in der EU die entsprechenden Bewilligungen es diesen Personen erlauben, den Kanton zu wechseln. Es ist deshalb möglich, dass hier angemeldete Ausländerinnen schon nach kurzer Zeit nicht mehr im Kanton Thurgau, sondern irgendwo anders in der Schweiz ihrer Tätigkeit nachgehen.

Die Fachstelle "Integration" hat im vergangenen Jahr sechs von dreizehn registrierten Moscheen besucht und mit den Verantwortlichen Gespräche geführt.

Im Jahr 2010 sind netto 1'845 Ausländerinnen und Ausländer neu im Kanton registriert worden. Die angespannte Lage in gewissen nordafrikanischen Ländern hat auch im Thurgau zu einer Zunahme von Asylsuchenden geführt.

Die Nachfolge von Amtschef André Rohrer ist inzwischen geregelt: Camillus Guhl aus dem Kanton St. Gallen wird ab dem 1. September 2011 die Amtsführung übernehmen.

5510 Kantonspolizei

Die Kantonspolizei wird von der Subkommission jedes Jahr besucht. Zusätzlich zu den Unterlagen, die dem ganzen Rat zugänglich sind, erhalten wir unaufgefordert jeweils die verschiedenen Statistiken, deren Ergebnisse in den Pressekonferenzen veröffentlicht werden. Ebenso werden wir sehr zweckmässig über das ganze Verkehrsbussenaufkommen, die Herkunft der Bussen, die verschiedenen Geschwindigkeitskontrollen innerorts, ausserorts und auf den Autobahnen informiert, so dass wir uns ein objektives Bild zur Verhältnismässigkeit dieser Massnahmen machen können. Diese sind immer auf ein bestimmtes Ziel ausgerichtet, das letztlich der Verkehrssicherheit dient.

Der Regierungsrat hat uns auch einen internen Bericht betreffend die interkantonale Zusammenarbeit der Kantonspolizei, Konkordatseinsätze und interkantonale Polizeieinsätze abgegeben. Es wird sinnvoll sein, diesen Bericht jährlich nachzuführen, damit wir auch hier Vergleichsmöglichkeiten haben werden. Generell kann schon jetzt festgehalten werden, dass durch die weitere interkantonale Zusammenarbeit effizient und professioneller gearbeitet werden kann.

5719 Feuerschutzamt

Zum Stand des Projektes "Ostschweizer Feuerwehr-Ausbildungszentrum" erfuhren wir, dass sich das Projekt im Moment wegen einer Beschwerde beim Verwaltungsgericht St. Gallen verzögert hat. Die Beschwerdefrist läuft aber in wenigen Tagen ab, und wenn der Entscheid rechtskräftig wird, ist damit zu rechnen, dass die auf dem Areal des Truppenübungsplatzes Bernhardzell im Gebiet Bleichenbach geplante Anlage ab 2012 gebaut und frühestens 2014 in Betrieb genommen werden kann.

In der Zwischenzeit ist der Entscheid des Preisgerichtes rechtskräftig geworden, und es wird mit einem Baubeginn 2012 gerechnet.

Bemerkungen zum Tätigkeitsbericht 2010 des Datenschutzbeauftragten

Die Kommission hat festgestellt, dass der Datenschutzbeauftragte eine obligatorische Institution ist. Die Frage stellt sich allgemein, was seine Tätigkeit dem Kanton bringt. Der Bericht ist gegenüber dem letzten Jahr detaillierter und zeigt ein aktives Betätigungsfeld. Er zeichnet sich aus durch Stellungnahmen zu sehr aktuellen Entwicklungen im elektronischen Bereich. Er bietet vielfältige Hinweise auf weitere Informationsmöglichkeiten und ist damit gerade für Politikerinnen und Politiker eine sehr nützliche Arbeitsgrundlage, besonders auch für Stadt- und Gemeindeammänner. Der Datenschutzbeauftragte ist der

Gesamtkommission Red' und Antwort gestanden. Er hat auch die kritischen Bemerkungen zur Aufschaltung der Grundbuchdaten im Internet kommentiert und festgehalten, dass der Bericht auf Seite 12 vom Projekt "elektronisches Grundstückinformationssystem" (eGRIS) handle. In der Zwischenzeit sei der Zugriff eingeschränkt worden. Aus diesem Grund könne er nachträglich feststellen, dass der Bericht etwas zu kritisch ausgefallen sei. So wie das System nun in Betrieb genommen wurde, entspreche es rechtlich den Datenschutzvorschriften.

Präsident: Ich eröffne die Diskussion.

Abschnitt 3.5 Departement für Justiz und Sicherheit

Geschäftsbericht 2010 (Seiten 181 bis 224)

Statistischer Anhang gelb (Seiten 48 bis 75)

Anhang II: Staatsrechnung 2010 (Seiten 27 bis 37 Laufende Rechnung, Seite 63 Investitionsrechnung)

Schwyter, GP: Ich spreche zum Strassenverkehrsamt auf Seite 206 des Geschäftsberichtes. Mich hat die Feststellung etwas überrascht, dass bei der Fahrzeugkontrolle eine Restanz von 60'000 Fahrzeugen im Kanton Thurgau besteht. Dieses Ausmass war mir bei den bisherigen Berichten und Voranschlägen nie richtig bewusst geworden. Auch im Geschäftsbericht 2010 steht lediglich, dass der Überhang um 1'500 Fahrzeuge abgebaut werden konnte. Bei diesem Tempo wird es aber noch vierzig Jahre dauern, bis der Restanzenberg von 60'000 Fahrzeugen abgebaut ist. Wir Grünen erwarten vom Regierungsrat Vorschläge, wie der Abbau beschleunigt werden kann. Genauso wie wir keine Fahruntüchtigen oder alkoholisierten Autofahrerinnen und -fahrer auf unseren Strassen dulden, wollen wir auch keine Fahrzeuge im Verkehr, die nicht fahrtüchtig oder schlecht gewartet sind. Dies sind wir der Sicherheit und der Gesundheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer schuldig. Wie sinnvoll oder eben nicht sinnvoll die gesetzliche Regelung über die Fahrzeugkontrolle ist, steht wieder auf einem anderen Blatt. Ist ein Gesetz nicht oder nicht mehr sinnvoll, sollte es geändert oder abgeschafft werden. Es geht aber nicht an, dass man ein Gesetz einfach ignoriert oder sich darüber hinwegsetzt. Gerade der Kanton hat hier auch eine Vorbildfunktion. Privatpersonen werden angehalten, die Gesetze einzuhalten. Der Staat sollte dies ebenso tun oder dafür sorgen, dass das entsprechende Gesetz angepasst wird.

Regierungsrat **Dr. Graf:** Die Zahl, die Kantonsrätin Schwyter genannt hat, stimmt. Die Herausforderungen in diesem Bereich sind recht gross. Wir haben eine überdurchschnittliche Zunahme des Fahrzeugbestandes seit der Einführung der jährlichen Prüfung der schweren Motorfahrzeuge im Jahr 2005. Diese Fahrzeuge müssen jährlich kontrolliert werden, andernfalls sie stillstehen. Dann haben wir eine signifikante Zunahme der

Direktimporte, die uns arbeitsmässig ausserordentlich belasten, sowie eine grundsätzlich anspruchsvollere Kundschaft, was das Auskunftswesen betrifft. Wir haben selbstverständlich immer wieder auch weitere neue Gesetze erhalten (Zweiphasenausbildung, Chauffeurenzulassungsverordnung, Fahrlehrerverordnung etc.). In den letzten Jahren wurden vier Stellen neu geschaffen, und wir können Ihnen versichern, dass jedes Fahrzeug, das älter als sieben Jahre ist, auch jedes zweite Jahr kontrolliert wird. Unter dem Titel der Verkehrssicherheit haben wir also überhaupt keine Einbussen. Hingegen muss man sich wirklich fragen, ob nicht eine andere Periodizität bei der Prüfung stattfinden könnte. Ich habe mir erlaubt, diesbezüglich an die zuständige Bundesrätin zu gelangen, und ich bin gespannt auf ihre Antwort. Selbstverständlich ist der Regierungsrat bemüht, die Pendenzen etwas zu reduzieren. Wir stehen aber auch unter dem Eindruck Ihres Rates, keine zusätzlichen Stellen, die nicht absolut notwendig sind, schaffen zu dürfen. Es gibt ein gegenseitiges Abwägen und dann einen Entscheid des Regierungsrates. Damit müssen wir leben, und davon muss das Strassenverkehrsamt dann auch ausgehen. Ich kann Ihnen versichern, dass sich das Strassenverkehrsamt seiner Aufgabe sehr bewusst ist und die entsprechenden Anträge auch regelmässig stellt.

Vonlanthen, SVP: Ich spreche zur Kantonspolizei auf Seite 217 des Geschäftsberichtes. Im Bericht wird von der Aufstockung des Sollbestandes der Kantonspolizei von 330 auf 384 Stellen, also von den uniformierten Leuten an der Front, gesprochen. Wir lesen aber kein Wort über das kleine Heer von 70 Kräften in der Polizeiverwaltung. Presseberichte bestätigen unterdessen, dass auch die nicht uniformierten Polizeikräfte effektiv polizeiliche Aufgaben wahrnehmen, und zwar auf ziemlich breiter Ebene. Die Kantonspolizei könnte ohne sie ihren grossen Auftrag gar nicht erfüllen. Ohne sie im Hintergrund könnte das Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung nicht gefördert und gestärkt werden. Das veranlasst mich zu zwei kritischen Fragen an den Regierungsrat, wobei ich vorausschicken möchte, dass ich den Einsatz und die Leistung der Kantonspolizei sehr schätze. 1. Wie gross ist die Kantonspolizei effektiv? Sind es momentan 330 Personen oder nicht doch bereits 400 inklusive Polizeiverwaltung? 2. Wo genau ist die Abgrenzung zwischen gezählten Korpsmitgliedern mit Vereidigung und nicht gezählten Korpsmitgliedern, die auch polizeiliche Aufgaben erledigen, aber nicht vereidigt, sondern nur in Pflicht genommen werden?

Regierungsrat **Dr. Graf:** Der effektive Bestand bei der Kantonspolizei beträgt zurzeit 343,6 Stellen Korpsangehörige und 61,9 Stellen Zivilangestellte. Im Übrigen haben Sie die Zivilangestellten etwas hinterfragt, auch in der Öffentlichkeit, und in diesem Zusammenhang in der "Thurgauer Zeitung" vom 10. Juni 2011 gesagt, dass wir unkorrekt informiert hätten. "Man hat uns glauben lassen, dass die Zivilangestellten rein administrativ tätig sind." Wir haben Sie nicht in einem falschen Glauben gelassen, sondern darüber immer wieder informiert. Wir haben dies auch gegenüber der GFK sehr detailliert getan

und insbesondere sehr prägnant in der Botschaft an Ihren Rat vom 28. Juni 2010. Dort können Sie alles im Detail nachlesen. Zur Frage der Abgrenzung kann man grundsätzlich sagen, dass jene Personen, welche die Polizeischule abgeschlossen haben, vereidigt werden. Das sind so genannte Korpsangehörige. Dann gibt es noch ganz wenige, die von anderen Korps hereinkommen, oder es werden beispielsweise Leute, die im Bereich der Wirtschaftskriminalität tätig sind und ebenfalls an der Front arbeiten, in das Korps aufgenommen. Die Abgrenzung ist diesbezüglich klar und hat bisher zu keinerlei Diskussionen Anlass gegeben.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Abschnitt 3.8 Gerichte (Rechnungsteil)

Geschäftsbericht 2010 (Seiten 321 bis 326)

Anhang II: Staatsrechnung 2010 (Seiten 52 bis 59 Laufende Rechnung)

Diskussion - **nicht benützt.**

6.5 Departement für Bau und Umwelt

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DBU:

- Margrit Aerne, Lanterswil (Vorsitz)
- Hansjürg Altwegg, Sulgen
- Thomas Böhni, Frauenfeld
- Heidi Grau, Zihlschlacht

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Geschäftsbericht 2010 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2010

Die Subkommission DBU dankt Regierungsrat Dr. Jakob Stark sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Departementes für Bau und Umwelt für die kostenbewusste und zuverlässige Arbeit im Berichtsjahr und die offene und umfassende Information bei den Besuchen der vier aufgeführten Ämter.

Die Laufende Rechnung des Departementes für Bau und Umwelt weist einen Nettoaufwand von 33,43 Millionen Franken auf und schliesst damit um 3,6 % oder 1,27 Millionen Franken unter dem Budget ab. Im Vergleich zur Rechnung 2009 und der Abweichung von 0,35 Millionen Franken ist damit eine Punktlandung erzielt worden.

Die Investitionen von 63,46 Millionen Franken liegen um 4,8 % oder 3,2 Millionen Franken unter dem Voranschlag. Diese Abweichungen sind einerseits durch Verschiebungen in bewilligten Objektausführungen und andererseits durch Minderausgaben begründet.

Mit der Beratung des Geschäftsberichtes informierte der Departementschef über den Stand der Arbeiten "Expo Bodensee-Ostschweiz 2027" sowie über die Planungsarbeiten der Bodensee-Thurtal-Strasse (BTS) und der Oberlandstrasse (OLS).

Ämterbesuche

Die Subkommission DBU hat folgende Ämter besucht:

- Generalsekretariat
- Amt für Raumplanung
- Amt für Denkmalpflege
- Hochbauamt

Alle Fragen der Subkommission konnten von den Amtsleitern und der Amtsleiterin kompetent und umfassend beantwortet werden. Generell kann die Zusammenarbeit mit den einzelnen Ämtern als sehr gut bezeichnet werden. Insbesondere das Amt für Raumplanung und das Hochbauamt stellen fest, dass die zu führenden Dossiers sowie die einzelnen Geschäfte komplexer geworden sind. Zudem sind auch die rechtlichen Abklärungen aufwendiger geworden.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

6010-6015 Generalsekretariat

Die Arbeitslast im Generalsekretariat ist unvermindert hoch, unter anderem sind die Stellungnahmen zu Vernehmlassungsvorlagen weiter angestiegen. Das Rekrutierungsverfahren für die neu geschaffene Stelle "Führungsunterstützung" ist noch im Gange. Es mussten vorweg die Schnittstellen und Zuständigkeiten der neuen Stelle zwischen dem Generalsekretariat und dem Departementschef analysiert und definiert werden.

6110-6120 Amt für Raumplanung

Im Amt für Raumplanung ist der "courant normal" anspruchsvoller geworden, und dies vor allem deshalb, weil die Geschäfte komplexer geworden sind und die Ansprüche der Beteiligten stetig steigen. Zudem ist das Amt für Raumplanung mit den verschiedenen Agglomerationsprogrammen beschäftigt.

Bei der Realisierung des Renaturierungsprojektes "Stiftung Seebachtal" ergaben sich aufgrund aufwendiger Landverhandlungen Verzögerungen, so dass die Umsetzung erst dieses Jahr erfolgt.

Im Jahr 2010 erfolgte keine rechtskräftige Schutzanordnung, weil die Landverhandlungen schwierig sind und deshalb nicht abgeschlossen werden konnten.

Mit dem Feuerbrandprojekt in der Spezialfinanzierung des Gesetzes zum Schutz und zur Pflege der Natur und der Heimat auf Seite 237 des Geschäftsberichtes sollen die Hochstämme als Landschaftselement erhalten werden. Es wurden ca. 2'800 Hochstammbäume gepflanzt, davon 1'159 Apfelbäume, 175 Steinobstbäume und 1'319 Feldebäume. Das Projektbudget ist nach zwei Pflanzsaisons praktisch ausgeschöpft.

6210 Hochbauamt

Nach den Umbauarbeiten beim Amt für Volksschule an der Spannerstrasse in Frauenfeld werden 27 Vollzeit- und 4 Teilzeitarbeitsplätze eingerichtet. Vor dem Umbau waren es 20 Arbeitsplätze.

Bei der Produktgruppe "Werterhaltung von Gebäuden" auf Seite 241 des Geschäftsberichtes ist unter "Kantonsspital Frauenfeld" zu beachten, dass der Lead und die Verantwortung der Arbeiten bei der Spital Thurgau AG liegen und die Kosten aufgeteilt werden. Dem Hochbauamt wird nur ein Kostenanteil verrechnet.

6315 Tiefbauamt

Das Projekt "Mobilität Thurgau BTS/OLS" fordert den Regierungsrat und die Verwaltung gleichermassen. Es werden Gespräche mit den betroffenen Gemeinden und Anrainern geführt und Begleitkonzepte erarbeitet. Die noch nicht fälligen Beiträge auf Seite 247 des Geschäftsberichtes für Bahnsanierungen entlang der Frauenfeld-Wil-Bahn werden durch höhere Beitragsleistungen für allgemeine Lärmschutzmassnahmen kompensiert. Die Bonusleistungen von Fr. 158'700.-- erscheinen hoch, sind aber auf rund 200 Personen umzurechnen, was den Einzelbezug relativiert.

6410 Amt für Denkmalpflege

Die überdurchschnittlich hohe Anzahl bevorstehender Pensionierungen in den nächsten drei Jahren wurde zum Anlass genommen, die Tätigkeiten des Amtes in einem Bericht zuhanden der Departementsleitung zu analysieren. Dem durch die Pensionierungen verbundenen Verlust an Fachkenntnis wird entgegengewirkt. Vorerst werden die Ressourcen von der Inventarisierung in die praktische Denkmalpflege, die Beratung und die Begleitung von Restaurationen verschoben.

6510 Amt für Umwelt

Die Schlussabrechnung des Bauprojektes "Deponie Emmerig" konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Die Spezialfinanzierung bleibt bis zur Eigentumsübertragung sowie der Regelung der Nachsorgeverpflichtung bestehen. Dem landwirtschaftlichen Gewässerschutz wird nach wie vor grosse Beachtung geschenkt. Die Kartierungsarbeiten der Naturgefahrenkarte für den westlichen Teil des Kantons wurden programmgemäss umgesetzt. Diejenigen für den östlichen Teil des Kantons sind noch in Bearbeitung.

6610-6620 Forstamt

Im Hinblick auf die Pensionierung des Amtschefs im Frühjahr 2011 wurde die Übergabe der Amtsleitung vorbereitet.

Präsident: Ich eröffne die Diskussion.

Abschnitt 3.6 Departement für Bau und Umwelt

Geschäftsbericht 2010 (Seiten 227 bis 268)

Statistischer Anhang gelb (Seiten 76 bis 101)

Anhang II: Staatsrechnung 2010 (Seiten 38 bis 42 Laufende Rechnung, Seiten 64 bis 67 Investitionsrechnung)

Wehrle, FDP: Ich spreche zum Thema Belastung des Thurgaus durch Fluglärm auf Seite 228 des Geschäftsberichtes. Der Regierungsrat bekräftigt seine Strategie, einerseits keinen Ausbau der Piste 28 zuzulassen und andererseits eine regelmässige Verteilung des Fluglärms in alle Richtungen zu fordern. Ich stelle dazu drei Fragen: 1. Besteht eigentlich die Messung im Raum Bichelsee-Balterswil noch? 2. Wenn ja, haben sich die Messungen in den letzten Jahren verändert, allenfalls im positiven Sinn? Als Südthurgauer stelle ich fest, dass sich die Technik der Flugzeuge wesentlich geändert hat, die Überflüge viel ruhiger geworden sind und der technische Fortschritt spür- und hörbar ist. Vor allem im Sommer über die Mittagszeit, wenn ich die Starts verfolge, oder gegen Abend in der so genannten Abendruhe, wenn ich das leise Säuseln der landenden Flugzeuge höre, habe ich ein wesentlich anderes Empfinden als noch vor drei Jahren. 3. Müsste beim Vorliegen veränderter Faktoren (weniger Fluglärmbelästigung) allenfalls auch eine Neubeurteilung der Sachlage aus Thurgauer Sicht erfolgen? Wir alle wissen,

dass der Flughafen Zürich, der auch auf den Thurgau wesentliche Auswirkungen hat (Zulieferfirmen, Arbeitsplätze usw.), ein wichtiger Faktor für den Thurgauer Wirtschaftsmotor ist. Bisher hat der Regierungsrat aus meiner Sicht die Waage zwischen der Fluglärmbelastung und der Entwicklung der Wirtschaft sehr gut im Gleichgewicht gehalten. Wenn auf der einen Seite die technische Entwicklung Fortschritte macht, wäre diesem Punkt meines Erachtens auch Rechnung zu tragen, was in Zukunft Auswirkungen auf die Strategie hätte. Wie also könnte die Strategie des Regierungsrates zur Fluglärmbelastung aussehen?

Regierungsrat **Dr. Stark:** Zur ersten Frage: Die Messung im Raum Bichelsee-Balterswil läuft noch. Es ist nicht beabsichtigt, daran etwas zu ändern. Zur zweiten Frage: Die Gesamtzahl der Flüge hat gemäss der Entwicklung des Flughafens in letzter Zeit etwas zugenommen, der Gesamtlärm hat sich nicht verändert. Dass mit leiseren Flugzeugen schon grosse Effekte erzeugt würden, ist nicht der Fall. Die Bevölkerung im Süd-/Hinterthurgau spürt, dass mehr Flüge über die Region Frauenfeld gehen, und dies merken wiederum die Frauenfelder und Frauenfelderinnen sowie weiter oben auch die Leute in Weinfelden oder in Buhwil. Zur dritten Frage: Die Strategie des Kantons Thurgau ist immer im Kontext der heutigen Situation zu sehen, in der darüber gestritten wird, wie die Flugzeuge über der Schweiz geführt werden. Bei dieser Ausgangslage positioniert sich der Regierungsrat kämpferisch, indem wir ganz klar fordern, dass der Fluglärm ausgewogen verteilt werden muss. Wir wollen nicht, dass der Osten keinen Fluglärm hat, wir wollen aber auch nicht, dass der Süden des Kantons Zürich einseitig entlastet wird. Sie wissen, dass sehr schwierige Verhandlungen mit Deutschland anstehen. Auch im Hinblick auf jene Verhandlungen ist es richtig, hier eine klare Position einzunehmen. Der Regierungsrat hat aber auch immer zum Ausdruck gebracht, dass er den Flughafen Zürich schätzt. Dieser ist auch nicht bedroht. Es stellt sich lediglich die Frage, wie gross der Flughafen irgendwann noch werden soll. Aber das ist eine andere Frage. Wir akzeptieren den Flughafen mit seiner Entwicklung bis 350'000 An- und Abflüge. Der Kanton Thurgau weiss, was er an der Standortnähe zu diesem Flughafen hat. Wir werden ihn auch weiterhin unterstützen, wollen im gleichen Atemzug jedoch eine ausgewogene Fluglärmverteilung.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

6.6 Departement für Finanzen und Soziales

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DFS/SK:

- Myrta Klarer, Sirnach (Vorsitz)
- Walter Marty, Ellighausen
- Richard Nägeli, Frauenfeld
- Daniel Wittwer, Sitterdorf

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Geschäftsbericht 2010 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2010

Die Subkommission bedankt sich beim Regierungsrat, bei den Amtschefs und der ganzen Verwaltung für die gute Arbeit, die einen so guten Abschluss erst ermöglicht hat.

Das Ergebnis der Gesamtrechnung ist 80,7 Millionen Franken besser als der Vorschlag. Eine Studie der Universität St. Gallen bestätigt, dass sich die Doppelstrategie in der Thurgauer Steuerpolitik mit Steuerfussenkungen und strukturellen Änderungen des Steuergesetzes bewährt. Handlungsbedarf im steuerpolitischen Bereich besteht vor allem bei den hohen Einkommen. Der finanzielle Spielraum darf nicht von einer aggressiven Steuerpolitik kommen, sondern durch Einsparungen bei den konsumtiven Ausgaben und durch eine effiziente Verwaltungsführung. Die Studie belegt auch, dass der Kanton Thurgau mit rund Fr. 11'000.-- pro Kopf schweizweit die zweittiefsten Staatsausgaben hat. Dafür gehören dem Regierungsrat und auch dem Staatspersonal ein spezielles Lob. Sicher haben auch die Lohnsteigerungen der letzten fünf Jahre - sie sind 40 % stärker gewachsen als diejenigen der Wirtschaft - zur Motivation beigetragen.

Ämterbesuche

Die Subkommission DFS/SK hat folgende Ämter besucht:

- Amt für Informatik
- Kantonsapotheker
- Personalamt
- Finanzverwaltung

Wir wurden in allen Ämtern freundlich empfangen. Auf unsere Fragen erhielten wir kompetent Auskunft und wurden mit verschiedenen Unterlagen dokumentiert. Die vier besuchten Ämter sind in ihren Aufgaben und Zielausrichtungen sehr unterschiedlich. Eine spezielle Stellung nimmt der Kantonsapotheker ein, der zu 40 % beim Kanton und zu 60 % bei der Spital Thurgau AG angestellt ist. Wir konnten uns davon überzeugen, dass dies reibungslos funktioniert. Im Amt für Informatik stellten wir fest, dass die Stellvertretung funktioniert, war doch der Amtschef infolge Krankheit längere Zeit ausgefallen. Zusätzlich sind 15 befristete Stellen nötig, um die anfallenden Arbeitsaufträge und die Sicherstellung des IT-Betriebes von 365 x 24 Stunden zu garantieren. Sonderaufträge wie die 2010 durchgeführte Bezirksreorganisation müssen innert kürzester Frist erledigt wer-

den können. Wir finden es positiv, dass Facebook für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesperrt ist.

Im Personalamt ist zurzeit eine grössere Reorganisation im Gange. Mit der Vision "Mit Begeisterung für blühende Menschen und gemeinsame Perspektiven" versucht das Personalamt, das Image des Kantons als Arbeitgeber zu stärken. Das Personalamt wünscht sich, dass es bei schwierigen Personalsituationen früher mit einbezogen wird.

Vor grossen Herausforderungen steht die Finanzverwaltung mit der Einführung des neuen Rechnungsmodells HRM2, weil beispielsweise die ganzen kantonalen Liegenschaften neu bewertet werden müssen.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

1000 Regierungsrat

In Appenzell wurde an der Plenarversammlung der Ostschweizer Regierungskonferenz über die Vorfinanzierung von Infrastrukturvorhaben des Bundes sowie über die Poststellensituation diskutiert. Eine Aussprache fand auch mit dem CEO von Skyguide zur Frage des Luftverkehrs über dem Thurgau statt, ebenso eine Aussprache mit dem Regierungspräsidium von Freiburg (D) betreffend Factory Outlet Center in Wigoltingen und die Intervention und Einsprache von deutscher Seite.

An einem einwöchigen Anlass zum Thema Mobilität im ländlichen, städtischen und grenzüberschreitenden Raum der Summer School der Versammlung der Regionen Europas (VRE), an dem 150 Personen aus 47 Regionen Europas zusammenkamen, nahmen auch einige unserer Regierungsräte teil. Vom Regierungsrat wurden zwölf Botschafterinnen und Botschafter der Asian Pacific Group in der Schweiz, der deutsche Botschafter und der Generalkonsul der Volksrepublik China empfangen.

An drei Seminartagen befasste sich der Regierungsrat mit den Themenkreisen Personalwesen, Budgetrichtlinien und Demographieentwicklung.

1100 Grosser Rat

Der Mehraufwand im Jahr 2010 ist hauptsächlich in der Geschäftsmehrlast begründet. Vier kantonale Abstimmungen verursachten Mehrkosten von Fr. 60'000.-- an die Fraktionen. Im Berichtsjahr sind 53 persönliche Vorstösse eingereicht worden gegenüber 76 im Jahr 2009. Die Pendenzen reduzierten sich von 46 auf 32. Im Jahr 2010 verstarben zwei Mitglieder des Grossen Rates, und zwölf Mitglieder reichten ihre Demission ein.

2100 Staatskanzlei

Das E-Voting für Auslandschweizerinnen und -schweizer wurde erstmals bei der Abstimmung vom 28. November 2010 erfolgreich und pannenfrei eingesetzt. Rund ein Viertel der E-Voting-berechtigten Personen gab die Stimme elektronisch ab.

Das Bundesamt für Statistik wird nun doch die Erarbeitung einer anerkannten und damit schweizweit vergleichbaren Methode zur Berechnung von regionalen BIP (Wirkungsprüfung von Steuermassnahmen zur Berechnung der Staats- und Steuerquote des Bruttoinlandproduktes) vorantreiben und 2012 einführen.

2510 Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale

Ökologische Aspekte werden bei der nachhaltigen Beschaffung gezielt berücksichtigt. Das schliesst jedoch den Kauf von Produkten zu Discountpreisen ohne jede Nachvollziehbarkeit der Herstellung aus.

Alle Bezirksämter mussten aufgelöst werden und je nach Standort im Rahmen der Bezirksreorganisation wieder mit Büromöbeln eingerichtet werden. Das Budget konnte trotzdem um Fr. 22'477.-- unterschritten werden.

7010 Generalsekretariat

Das Rechnungsergebnis schliesst gegenüber dem Budget um Fr. 56'500.-- besser ab. Der Personalaufwand war geringer; eine Steigerung der Gebühren führte zu diesem besseren Ergebnis. Die Massnahmen der vier Hauptprojekte, die gemäss Regierungsrichtlinien bis 2012 umgesetzt werden müssen, sind in die Wege geleitet: Starke Stellung im Wettbewerb, demographische Entwicklung, regionale Disparitäten, Energieverbrauch von nicht erneuerbarer Energie soll bei kantonalen Gebäuden jährlich um 1,5 % sinken.

7110-7120 Personalamt

2011 wird wieder eine Personalbefragung durchgeführt. Alle Personen mit einem Beschäftigungsgrad von über 20 % werden von einem externen Büro befragt. Das Case Management ist 2010 erfolgreich verlaufen; es wurden 35 Personen begleitet. Das Personalamt hat eine grosse Anzahl an Projekten, die es zu priorisieren gilt. Die Fluktuationsrate betrug 5,7 %, was hauptsächlich der schnellen wirtschaftlichen Erholung zuzuschreiben ist, die zu einer verstärkten Nachfrage insbesondere nach Kaderleuten führte. Der Personalentwicklung und -förderung wurde grosse Aufmerksamkeit geschenkt. Das Seminar für den Regierungsrat und das oberste Kader war den Themen "Aufschwung gestalten" und "Demographischer Wandel" gewidmet.

7210 Amt für Informatik

Das Ergebnis des Amtes für Informatik ist um 11,6 % oder Fr. 637'000.-- tiefer ausgefallen als budgetiert. Einige Projekte konnten noch nicht in Angriff genommen werden. Zur besseren Übersicht und zur Beurteilung der Kosten von Projekten wird ab dem nächsten Jahr im Geschäftsbericht der Kostenverlauf über die ganze Dauer dargestellt.

7250-7260 Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle hat per 1. Oktober 2010 einen IT-Revisor angestellt. Der Prüfung sämtlicher Aspekte im IT-Bereich wird künftig mehr Gewicht verliehen. Die Finanzkontrolle als unabhängige Prüfstelle versucht in konstruktiver Art, die Ämter auf Verbesserungsmöglichkeiten hinzuweisen.

7310-7350 Finanzverwaltung

Mit der Umstellung auf HRM2 werden auch den Gerichten und Bezirksämtern interne EDV-Kosten verrechnet.

Die Pensionskasse Thurgau ist eine eigenständige juristische Person. Es besteht jedoch noch eine finanzielle Abhängigkeit zwischen Staat und Pensionskasse. Bei einem Deckungsgrad der Pensionskasse unter 107,5 % (aktuell 99,3 %) muss der Staat die Rentenansparungen übernehmen. Eine Staatsgarantie gegenüber der Pensionskasse besteht so lange, bis die Pensionskasse in drei aufeinander folgenden Jahren einen Deckungsgrad von mindestens 115 % aufweist. Es stellt sich die Frage, wie lange diese staatlichen Sicherheiten gegenüber der Pensionskasse noch aufrecht erhalten bleiben sollen, weil ein Interessenkonflikt zwischen dem Staat und der Pensionskasse die geplante finanzielle Eigenständigkeit verhindern könnte.

Im Hinblick auf die enormen Kosten, die auf die Spital Thurgau AG zukommen, wurde die Dividende der Thurmed AG auf Fr. 300'000.-- festgelegt (Budget Fr. 520'000.--).

7410-7425 Steuerverwaltung

Die erfreulichen Mehreinnahmen bei den Steuern (natürliche Personen 39 Millionen Franken über Budget, juristische Personen 14 Millionen Franken und Grundstückgewinnsteuern 11 Millionen Franken) sind auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Einerseits wurde der Einfluss der Wirtschaftskrise zu pessimistisch eingeschätzt. Der Grundstückhandel hat alle Erwartungen übertroffen, und eine Zunahme von 2'378 Steuern zahlenden Personen ergab ebenfalls zusätzliches Steuersubstrat. 2010 haben 176 Personen eine straflose Selbstanzeige eingereicht. Die bereits veranlagten Fälle ergaben einen Staatssteuerertrag von 2 Millionen Franken; zudem wurde un versteuertes Vermögen von 61 Millionen Franken aufgedeckt.

Auch der Anteil an der direkten Bundessteuer war um 9,3 % oder 4,6 Millionen Franken höher. Hingegen mussten infolge fehlerhafter Daten von zwei Kantonen 3,6 Millionen Franken NFA-Gelder an den Bund zurückgezahlt werden.

7510-7515 Fürsorgeamt

Die Beiträge an stationäre Aufenthalte waren 2010 um 1,1 Millionen Franken höher als budgetiert. Die Abweichung ist auf nicht vorhersehbare Platzierungen in kostenintensiven Kinder- und Jugendheimen zurückzuführen. Dem Kanton Thurgau wurden im letzten Jahr 422 um Asyl ersuchende Personen zugewiesen. 210 Personen wurden direkt ab dem Empfangszentrum ausgeschafft. Die durchschnittliche Auslastung der fünf Durchgangsheime betrug 91 %. Sehr schwierig gestaltet sich die Suche nach Unterkunftsmöglichkeiten für ausreisepflichtige Personen, nachdem die Unterkünfte in der Gemeinde Kemmental abgebrochen werden mussten.

Das Einspracheverfahren gegen die sozialtherapeutische Werkstatt "Besmerhuus" in Kreuzlingen ist abgeschlossen; die Investitionen für die Bauarbeiten können 2011 fließen.

Die Einführung des neuen Abgeltungsmodells für die Behinderteneinrichtungen wird definitiv 2012 erfolgen. 2010 wurden gemeinsame Lösungen der Konferenz der Sozialdirektorinnen und -direktoren der Ostschweizer Kantone unter Berücksichtigung der jeweiligen kantonalen Gegebenheiten gefunden.

7531-7550 Gesundheitsamt / Kantonsapotheker / Kantonsarzt

Im Kanton erhielten letztes Jahr 96'300 Personen Prämienvverbilligung im Totalbetrag von 119,5 Millionen Franken. Im Datenpool für Versicherte mit Leistungsaufschub infolge nicht bezahlter Krankenkassenprämien waren am 31. Dezember 2010 6'149 Personen registriert. Die Beiträge an die Spitäler und Institutionen betrugen letztes Jahr 123,4 Millionen Franken.

Auf 2011 wird das Brustkrebsfrüherkennungsprogramm im Kanton Thurgau eingeführt. Jede Thurgauer Frau zwischen 50 und 70 Jahren kann nun alle zwei Jahre für einen Eigenbeitrag von knapp Fr. 20.-- ein Brustkrebs-Screening machen.

7580 Kantonales Laboratorium

Der Vollzug der risikobasierten Lebensmittelkontrolle war durch die Einführung des "Cassis de Dijon"-Prinzips am 1. Juli 2010 einer grundlegenden Veränderung unterworfen und führte zu einiger Verunsicherung und Unklarheiten über die Rechtsgrundlage. Ein gutes Zeugnis konnte dem Thurgauer Wein ausgestellt werden.

Präsident: Ich eröffne die Diskussion.

Abschnitt 3.7 Departement für Finanzen und Soziales

Geschäftsbericht 2010 (Seiten 271 bis 317)

Statistischer Anhang gelb (Seite 102)

Anhang II: Staatsrechnung 2010 (Seiten 43 bis 51 Laufende Rechnung, Seiten 68 und 69 Investitionsrechnung)

7310-7350 Finanzverwaltung

Kapitel 2: Überblick Ergebnis Rechnung

Geschäftsbericht 2010 (grüne Seiten 3 bis 22)

Wohlfender, SP: Ich spreche zum Personalrecht auf Seite 276 des Geschäftsberichtes, wo es heisst, dass im Rahmen der Umsetzung der Justiz- und Bezirksreform einige formelle Anpassungen vorgenommen werden mussten. Zusätzlich sei das Personalrecht aufgrund von Erfahrungen aus der Praxis in Teilbereichen revidiert worden. Die SP-Fraktion interessiert, welche Anpassungen gemacht wurden.

Regierungsrat **Koch:** Es trifft zu, dass wir beim Personalrecht einige kleine Änderungen vorgenommen haben. Wir haben zum Beispiel bei den Weiterbildungen, die der Kanton bezahlt, die Rückzahlungspflicht neu geregelt. Wir haben auch mehr Kompetenzen an die Ämter und die Departemente abgegeben. In Zukunft können beispielsweise Stellen ab der Lohnklasse 21 in den Departementen selbständig neu zugeordnet werden. Bisher war dafür der Regierungsrat zuständig. Dann haben wir auch die Entschädigungen des Staatspersonals bei Nebenämtern und Expertentätigkeiten neu geregelt, sofern diese überhaupt kompensierbar sind. Wir haben die Grundbesoldung der Friedensrichter neu

geregelt. Ferner hat es noch ein paar formelle Anpassungen im Bereich der Strafverfolgungsbehörden gegeben.

Kern, SP: Ich spreche zum Gesundheitsamt auf Seite 301 des Geschäftsberichtes. Der Regierungsrat hat meine Einfache Anfrage zu den Förderbeiträgen des Kantons für Quereinsteiger in die Pflege positiv beantwortet und darin auch angekündigt, einen Bericht zu erarbeiten, woraus hervorgehen soll, wie solche Förderbeiträge unter Einbezug der Arbeitgeber gesprochen werden könnten. Ich frage den Regierungsrat, wann mit diesem Bericht zu rechnen ist.

Regierungsrat **Koch:** Ich kann Ihnen zusichern, dass der Bericht noch in diesem Jahr erstellt wird. Wir werden für das Jahr 2012 entsprechend budgetieren. Wir sind uns bewusst, dass wir hier mit dem Branchenverband, also den Arbeitgebern, zusammenarbeiten werden.

Dr. Wälti, SP: Ich spreche zu "Gesundheit und Prävention" auf Seite 301 des Geschäftsberichtes, zum Thema Impfen. Im Frühjahr 2011 kam es an einer Schule im Thurgau zu einer Masernepidemie. Viele Nichtgeimpfte waren vom Masernvirus betroffen. Die Medien berichteten ausführlich darüber. Über das Impfen haben wir uns im Rat schon früher unterhalten. Bekanntlich wurden die sinnvollen Impfungen im Rahmen der Reihenuntersuchungen des schulärztlichen Dienstes aufgegeben. Hier wurde meines Erachtens eine griffige Massnahme zur Verhinderung von Epidemien geopfert. Die Konsequenzen solcher Impflücken sind bekannt. Ich frage den Regierungsrat, ob er heute schon sagen kann, in welche Richtung die neue Impfstrategie des Kantons gehen wird, und wann die Resultate der Durchimpfstudie publiziert werden.

Das zweite Thema betrifft das Rettungswesen auf Seite 311 des Geschäftsberichtes. Ich beziehe mich auf einen Artikel in der "Thurgauer Zeitung" vom 22. Juni 2011 mit dem Titel "Ärzte kritisieren teure Spitaltransporte". Den Inhalt des Artikels kann ich eigentlich nur bestätigen. Nicht selten müssen Notleidende bis zu Fr. 1'000.-- und mehr für einen Transport zum Beispiel in der Nacht selber bezahlen, weil diese Kosten von der Krankenkasse oder der Zusatzversicherung nicht abgedeckt werden. Ich möchte dem Regierungsrat mit auf den Weg geben, das Konzept "Rettungswesen" in Bezug auf einfache Transporte zu überdenken. Früher gab es private Rettungsdienste, die solche Transporte mit einer kostengünstigeren Ausrüstung in einem einfachen Fahrzeug zu einem vernünftigen Preis bewerkstelligen konnten. Ich rege an, darüber zu diskutieren und an einem oder sogar beiden Stützpunkten ein solches Fahrzeug zu evaluieren. Meines Wissens gibt es im Kanton Thurgau genügend Know-how für solche Transporte.

Regierungsrat **Koch:** Die Frage zur neuen Impfstrategie des Kantons kann ich nicht beantworten. Ich kann Ihnen auch nicht sagen, wann das Programm vorliegt, jedoch versi-

chern, dass die Masernimpfung auch nach unserer Auffassung etwas sehr Wichtiges ist. Wir können aber jene Eltern, die ihr Kind nicht impfen wollen, nicht einfach dazu zwingen. Ich gehe mit Ihnen einig, dass wir hier wahrscheinlich umdenken müssen. Beim Rettungswesen sind momentan verschiedene Bereiche in Arbeit. Im Kanton Thurgau bestehen eigentlich drei Rettungsdienste: Je einen bei der Spital Thurgau AG und beim Herz- und Neuro-Zentrum Bodensee sowie einen privaten Rettungsdienst in Weinfelden. Diesbezüglich sind wir auch der Meinung, dass das Abgeltungskonzept angeglichen werden muss. Es kann nicht sein, dass ein einzelner Rettungsdienst andere Zeitansätze hat. Da befinden wir uns aber auf einem sehr gutem Weg. Daneben gibt es nicht medizinisch bedingte Transporte. Hier kann auch der Rotkreuz-Fahrdienst angefordert werden. Wir sind der Auffassung, dass der Kanton keinen zusätzlichen Fahrdienst für freiwillige Transporte im Rettungswesen anbieten muss. Aber auch dieser Bereich wird mit den drei Anbietern besprochen. Ich kann Ihnen allerdings keine allzu grossen Hoffnungen machen, weil wir der Auffassung sind, dass die vorhandenen Dienste genügen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Kapitel 4: Rechtsetzung

Geschäftsbericht 2010 (Seiten 329 bis 333)

Diskussion - **nicht benützt.**

Beschlussfassung

Ziffer 1

(Schriftliche Ausführungen der Kommissionspräsidentin)

Im Namen der einstimmigen GFK ersuche ich Sie um Genehmigung des Geschäftsberichtes und der Staatsrechnung 2010.

Diskussion - **nicht benützt.**

Ziffer 2

(Schriftliche Ausführungen der Kommissionspräsidentin)

Die GFK unterstützt bei 2 Enthaltungen sämtliche Anträge zur Gewinnverwendung, mit Ausnahme der Einlage in das Eigenkapital von 26,2 Millionen Franken.

Angestossen durch einen Antrag von Kantonsrat Norbert Senn zur Errichtung einer Vorfinanzierung für die Hochbauten (Spitalbauten), der in der Folge zugunsten eines ähnlichen Antrages von Kantonsrat Kurt Baumann wieder zurückgezogen wurde, entstand eine rege Diskussion. Eine Kommissionsmehrheit kam zum Schluss, dass eine Eigenkapitalaufstockung im Hinblick auf die hohen Investitionen im Bereich der Spitalbauten nicht sinnvoll ist. Vielmehr sei eine "Vorfinanzierung Hochbauten" von 26 Millionen Franken zu beschliessen; die restlichen Fr. 223'942 seien dem Eigenkapital zuzuweisen. Regie-

rungsrat Bernhard Koch äusserte sich positiv zum gestellten Antrag von Kantonsrat Kurt Baumann, der den Antrag im Namen der geschlossenen SVP-Fraktion gestellt hatte. Die anwesenden Kommissionsmitglieder stimmten dem Antrag mit 15 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Die GFK befürwortet alle Anträge des Regierungsrates. In Abweichung davon schlägt sie jedoch vor, Fr. 223'942 in das Eigenkapital und die restlichen 26 Millionen Franken in eine "Vorfinanzierung Hochbauten" einzulegen. Mit dem strategischen Konzept der Spital Thurgau AG stehen immense Investitionskosten im Bereich Hochbau an, weshalb diese Gewinnverwendung begründet ist. Die GFK hat dem Antrag, der ursprünglich von Kantonsrat Norbert Senn eingebracht und zugunsten eines angepassten Antrages von Kantonsrat Kurt Baumann zurückgezogen worden ist, bei einigen Enthaltungen zugestimmt. Ich bitte Sie, den Antrag der GFK zu unterstützen.

Zweifel, FDP: Die öffentliche Hand darf nicht mehr Steuern einziehen als sie benötigt. Diese Festlegung ist nicht unnötig und schon gar nicht zweifelhaft. Wie handhabt dies nun der Kanton Thurgau? Im vergangenen Jahr hat unser Kanton rund 73 Millionen Franken mehr Steuern eingenommen als zur Erfüllung der notwendigen Aufgaben nötig gewesen wären. Dies schreibt auch der Regierungsrat in seiner Vorinformation zur Staatsrechnung 2010 vom 16. März 2011: "Der stark überwiegende Teil dieser Mehreinnahmen - konkret 70 Millionen - sind auf höhere Steuererträge zurückzuführen." In den letzten zwölf Jahren hat die Staatsrechnung namhafte Ertragsüberschüsse verzeichnet. So ist unser Eigenkapital markant angestiegen. Da das Eigenkapital aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nur für inskünftige Aufwandüberschüsse verwendet werden kann, stellt sich die Frage, was mit dem Ertragsüberschuss des Jahres 2010 passieren soll. Regierungsrat und GFK beantragen Einlagen in Fonds, Reserven und Vorfinanzierungen im Umfang von 47,5 Millionen Franken. Die GFK schlägt nun in Abweichung zum Antrag des Regierungsrates vor, 26 Millionen Franken zusätzlich als "Vorfinanzierung Hochbauten" zu verwenden und lediglich Fr. 223'942 in das Eigenkapital zu legen. Vorfinanzierungen und Abschreibungen verfälschen das Bilanzbild und verunmöglichen Mehrjahresvergleiche. In unserer Situation und bei unserer heutigen Finanzlage haben wir zu berücksichtigen, dass wir nicht mehr Steuern erheben als wir für unsere Aufgaben benötigen. Wir sind daher verpflichtet, Voraussetzungen für Steuerfussenkungen zu schaffen und somit sicherzustellen, dass wir nicht mehr Steuern erheben als wir benötigen. Ich stelle mit einer grossen Unterstützung der FDP-Fraktion den **Antrag**, auf die Einlage von 26 Millionen Franken in "Vorfinanzierung Hochbauten" zu verzichten. Der Restbetrag des Ertragsüberschusses von Fr. 26'223'942 ist in eine Rückstellung für Steuern beziehungsweise für den Ausgleich von Steuerschwankungen einzulegen. Die Rückstellung kann einzig für Steuerfussenkungen oder zum Ausgleich von unerwarteten Mindereinnahmen bei den Staatssteuern verwendet werden. Entnahmen sind entweder zu budge-

tieren oder als ausserordentliches Ergebnis auszuweisen oder im Rahmen der Behandlung der Rechnung für entstandene Defizite zu verwenden. Ich danke für die Unterstützung.

Senn, CVP/GLP: Wir haben in der Tat ein Luxusproblem. Es weckt Begehrlichkeiten, wenn man sich über die Zuweisung von 73 Millionen Franken den Kopf zerbrechen muss. Der Regierungsrat hat den ersten Schritt gemacht, nur hat ihn nach der Verteilung der 47,5 Millionen, die nach unserer Auffassung richtig ist, der Mut verlassen, als er die restlichen 26,2 Millionen dem Eigenkapital zuwies. Wir haben in der GFK festgestellt, dass wirklich hohe Investitionskosten im Bereich Hochbau anstehen. Es geht um eine Summe von rund 200 Millionen Franken. Die Spitalbauten werden etwa 100 Millionen kosten, das Regierungsgebäude 20 Millionen, die pädagogische Maturitätsschule 20 Millionen, die Berufsbildungszentren Arbon, Weinfelden und Arenenberg zusammen rund 50 Millionen. Die Überlegung war deshalb, 26 Millionen Franken eigentlich schon ihrem Zweck zuzuordnen, nämlich der "Vorfinanzierung Hochbauten". Das wird uns nachher helfen, die Laufenden Rechnungen zu entlasten. Ich bitte Sie deshalb im Namen der CVP/GLP-Fraktion, den Antrag Zweifel abzulehnen.

Kommissionspräsidentin **Komposch, SP:** In der GFK wurde der Antrag Zweifel angekündigt. Die GFK hat diese Ankündigung kommentarlos zur Kenntnis genommen und sich dazu nicht geäußert. Deshalb kann ich als Kommissionspräsidentin keine Empfehlung abgeben.

Gubser, SP: Ich spreche als Vertreter der SP-Fraktion, die den Antrag Zweifel ablehnt. Es ist falsch, Rückstellungen mit einer Zweckbindung zu machen, die etwas unklar ist. Wir stehen hinter dem Antrag der GFK.

Baumann, SVP: Die Fraktion der SVP lehnt den Antrag Zweifel ebenfalls ab. Kantonsrat Zweifel argumentiert mit der Verfälschung der Finanzkennzahlen. Genau dies wird mit einer Rückstellung für Steuerreserven auch der Fall sein. Wenn unklar ist, wie viel die Ertragsseite tatsächlich ist, verfälschen wir auch die Finanzkennzahlen. Im Übrigen stehen die Hochbauten ganz konkret an, und ich gehe davon aus, dass der Posten "Vorfinanzierung Hochbauten" so rasch als möglich wieder aufgelöst wird, wenn die Bauten tatsächlich realisiert werden.

Regierungsrat **Koch:** Ich bitte Sie namens des Regierungsrates ebenfalls, den Antrag Zweifel abzulehnen. Wir unterstützen den Antrag der GFK. Solche Rückstellungen, die Kantonsrat Zweifel beantragt, sind finanztechnisch wirklich nicht sinnvoll. Es ist nicht sinnvoll, einen Teil des Eigenkapitals zweckzubinden. Zudem wird damit eine Steuer-senkung praktisch vorweggenommen. Solche Rückstellungen sind weder im HRM1, also

unter der jetzigen Gesetzgebung, noch im HRM2, also unter der neuen Gesetzgebung, möglich. Sie sind auch gesetzeswidrig. Wenn wir eine zweckgebundene Rückstellung für Steuerfussenkungen machen, heisst das, dass wir uns Sand in die Augen streuen. Wir finanzieren eine Steuerfussenkung kurzfristig mit Rückstellungen, wobei Rückstellungen irgendwann aufgebraucht sind. Was passiert dann? Dann haben wir wieder ein strukturelles Defizit. Wir haben bewiesen, dass wir durchaus fähig sind, entweder den Steuerfuss zu senken oder Steuergesetzrevisionen umzusetzen, wenn wir zuviel Steuern einnehmen. So ist denn auch eine Steuergesetzrevision am 1. Januar 2011 in Kraft getreten.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Abstimmung: Der Antrag Zweifel wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Gantenbein, SVP: Ich spreche zur Einlage in die Arbeitgeberreserve der Pensionskasse Thurgau. Mich stört es gewaltig, dass wir in der heutigen Zeit, in der eine Pensionskasse in der ganzen Schweiz paritätisch geführt werden muss, Zusatzleistungen immer noch aus Steuergeldern der Allgemeinheit subventionieren müssen. Es ist nicht mehr zeitgemäss, solche Zusatzleistungen über Steuergelder zu finanzieren. Ich strebe daher einen Vorstoss mit dem Ziel an, diese Vorgabe zu ändern.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Ziffer 3

(Schriftliche Ausführungen der Kommissionspräsidentin)

Vom Tätigkeitsbericht 2010 des Datenschutzbeauftragten nimmt der Grosse Rat Kenntnis.

Diskussion - **nicht benützt.**

Abstimmung: Dem Beschlussesentwurf betreffend Genehmigung des Geschäftsberichtes 2010 wird mit 101:0 Stimmen zugestimmt.

(Schriftliche Ausführungen der Kommissionspräsidentin)

Der Rechnungsabschluss 2010 ist erfreulich und reiht sich als zwölftes Jahr in die Serie der Ertragsüberschussjahre ein. Mit einem gesunden Eigenkapital von rund 286 Millionen Franken ist der Kanton Thurgau für die anstehenden finanziellen Belastungen und allenfalls erschwerten Ertragsbedingungen gerüstet.

Im Namen der GFK danke ich den Mitgliedern des Regierungsrates, dem Staatsschreiber sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihren Einsatz und ihre sehr gute Arbeit im Geschäftsjahr 2010. Insbesondere möchte ich die offene und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Parlament, Regierungsrat und Verwaltung positiv erwähnen – ein gutes Verhältnis zwischen Exekutive, Legislative und Verwaltung ist

Voraussetzung für einen erfolgreichen Staat.

Ich danke aber auch meinen Kolleginnen und Kollegen der GFK für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit und für ihren Beitrag zu einem stets angenehmen Sitzungsverlauf. Ein grosser Dank geht an die Parlamentsdienste, namentlich an Robert Widmer, der die Geschäfte der GFK zu grossen Teilen vorbereitet und mich zuverlässig und aktiv unterstützt hat.

Präsident: Ich möchte an dieser Stelle den Mitgliedern der GFK für die umfangreiche Geschäftsprüfung 2010 bestens danken. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass mit den vorgängigen Ämterbesuchen und der anschliessenden Prüfung des Geschäftsberichtes sehr viel Arbeit verbunden ist. Vielen Dank für Ihr Engagement. Ganz speziell danke ich den Vorsitzenden der Subkommissionen sowie der GFK-Präsidentin Cornelia Komposch für ihre umsichtige Führung dieser Kommission.

Beschluss des Grossen Rates

betreffend

Genehmigung des Geschäftsberichtes 2010

vom 29. Juni 2011

1. Der Geschäftsbericht 2010, umfassend den Rechenschaftsbericht des Regierungsrates und die Staatsrechnung 2010, die aus der Laufenden Rechnung, der Investitionsrechnung sowie der Bestandesrechnung per 31. Dezember 2010 besteht, wird genehmigt.
2. Der Ertragsüberschuss von Fr. 73'723'942 wird wie folgt verwendet:

Vorfinanzierung öffentlicher Verkehr	Fr. 10'000'000
Einlage in Energiefonds	Fr. 15'000'000
Einlage in Arbeitsmarktfonds	Fr. 5'000'000
Einlage in Tierseuchenfonds	Fr. 2'000'000
Einlage in Natur- und Heimatschutzfonds	Fr. 8'000'000
Einlage in Seeuferfonds	Fr. 500'000
Reserve für Eigenversicherungsrisiken	Fr. 1'000'000
Einlage in AG-Reserve Pensionskasse TG	Fr. 6'000'000
Einlage in Vorfinanzierung Hochbauten	Fr. 26'000'000
Einlage in Eigenkapital	Fr. 223'942
3. Vom Tätigkeitsbericht 2010 des Datenschutzbeauftragten wird Kenntnis genommen.

Der Präsident des Grossen Rates

Die Mitglieder des Ratssekretariates